



6. Sitzung

Donnerstag, den 07.07.2016

Mainz
in der Steinhalle des Landesmuseums

Scheitern des Hahn-Verkaufes und Verantwortung der Ministerpräsidentin

Antrag der Abgeordneten Julia Klöckner und 34 weiterer Abgeordneter der Fraktion der CDU gemäß Artikel 83 Abs. 3 der Verfassung für Rheinland-Pfalz i.V.m. § 21 Abs. 3 der Vorläufigen Geschäftsordnung des Landtags
Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags

– Drucksache 17/275 –	210
Roger Lewentz, Minister des Innern und für Sport:	210, 213
.	214, 215
Abg. Alexander Licht, CDU:	213, 214
.	215, 228
.	242, 244

Abg. Uwe Junge, AfD:	214, 229
.	246
Abg. Julia Klöckner, CDU:	216, 242
Abg. Alexander Schweitzer, SPD:	224, 227
.	228, 245
Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU:	228
Abg. Thomas Roth, FDP:	231
Abg. Michael Frisch, AfD:	233, 234
Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	234, 238
Abg. Michael Billen, CDU:	237
Abg. Matthias Joa, AfD:	239
Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:	239
Abg. Martin Brandl, CDU:	241
Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD:	243
<i>Tagesordnungspunkt mit Besprechung erledigt.</i>	247

Präsidium:

Präsident Hendrik Hering, Vizepräsident Hans-Josef Bracht, Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund.

Anwesenheit Regierungstisch:

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin; Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie, Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung, Roger Lewentz, Minister des Innern und für Sport, Herbert Mertin, Minister der Justiz, Anne Spiegel, Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz, Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Prof. Dr. Konrad Wolf, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur; Clemens Hoch, Staatssekretär.

Entschuldigt:

Abg. Astrid Schmitt, SPD, Doris Ahnen, Ministerin der Finanzen, Heike Raab, Staatssekretärin.

**6. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 07.07.2016**

Beginn der Sitzung: 09:30 Uhr

Präsident Hendrik Hering:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Sie recht herzlich zur 6. Plenarsitzung begrüßen. Schriftführende Abgeordnete sind Andreas Rahm und Dirk Herber. Herr Rahm wird die Rednerliste führen.

Entschuldigt fehlen heute die Abgeordnete Astrid Schmitt, Staatsministerin Doris Ahnen, die die Landesregierung bei dem Gespräch der Regierungschefinnen und -chefs vertritt, Staatsministerin Anne Spiegel ab 10:30 Uhr wegen eines anderen Termins, und Staatssekretärin Heike Raab wird wegen einer terminlichen Verpflichtung erst verspätet an der Plenarsitzung teilnehmen.

Wir dürfen Kolleginnen und einem Kollegen zum Geburtstag gratulieren: Frau Simone Huth-Haage hatte am 26. Juni 2016 einen runden Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall im Hause)

Frau Heike Scharfenberger hatte am 5. Juli 2016 Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall im Hause)

Am heutigen Tage hat Herr Benedikt Oster Geburtstag. Bei ihm darf man das Alter noch nennen, er ist 28 Jahre jung geworden. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall im Hause)

Als Gäste auf der Zuschauertribüne begrüße ich Schülerinnen und Schüler des Oberstufenkurses der Jahrgangsstufe 12 des Nordpfalz-Gymnasiums Kirchheimbolanden. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Meine Damen und Herren, die Tagesordnung liegt Ihnen vor. – Ich sehe keine Einwendungen gegen die Tagesordnung.

Ich rufe den **einzigen Punkt** der Tagesordnung auf:

**Scheitern des Hahn-Verkaufes und Verantwortung
der Ministerpräsidentin**

Antrag der Abgeordneten Julia Klöckner und 34 weiterer Abgeordneter der Fraktion der CDU gemäß Artikel 83 Abs. 3 der Verfassung für Rheinland-Pfalz i.V.m. § 21 Abs. 3 der Vorläufigen Geschäftsordnung des Landtags
Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags
– Drucksache [17/275](#) –

Die Fraktionen haben sich auf eine Redezeit von 30 Minuten je Fraktion verständigt mit den entsprechenden Zuschlüssen für die Oppositionsfraktionen.

Meine Damen und Herren, es liegt eine Wortmeldung der

Landesregierung vor. Ich erteile Herrn Minister Lewentz das Wort.

Roger Lewentz, Minister des Innern und für Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich halte es für sehr sinnvoll, zum heutigen Debattebeginn die Abläufe aus Sicht der Landesregierung und des verantwortlichen Ressortministers zu erläutern und die einzelnen Abläufe darzustellen. Die Ministerpräsidentin wird in der zweiten Runde das Wort ergreifen.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Bitte auch die aus dem nicht öffentlichen Teil! –

Abg. Hans Jürgen Noss, SPD: Immer diese Zwischenrufe!)

Dies, um natürlich Ihnen, den Mitgliedern unseres Parlaments, aber auch den Menschen insbesondere in der Region rund um den Hahn, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer FFHG und der anderen Firmen und Unternehmen am Standort aufzuzeigen, warum wir seit 2012 diesen Weg der Privatisierung gehen müssen und wie es nach dem faktischen Ende der Verhandlungen mit SYT weitergeht; denn es muss und wird in diesem Prozess weitergehen.

Frau Klöckner, Ihre Überschrift über die heutige Debatte „Scheitern des Hahn-Verkaufes“ stimmt deshalb so nicht.

(Beifall bei SPD, FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, wir haben das Kapitel SYT ohne Erfolg abgeschlossen,

(Zurufe von der CDU: Aha! –

Abg. Julia Klöckner, CDU: Voller Erfolg!)

aber der Privatisierungsprozess geht weiter.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir arbeiten weiter daran, alles wirtschaftlich Vernünftige, rechtlich Mögliche zu tun, um den Hahn in eine gute Zukunft zu führen.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Steile These!)

Es gibt seit gestern neue Entwicklungen, über die ich Ihnen heute Morgen ebenfalls berichten werde.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Persönlich!)

Ich will ganz zu Beginn meiner Ausführungen betonen, dass ich als zuständiger Ressortminister das Scheitern und vor allem die Art des Scheiterns dieser Verhandlungen mit SYT sehr bedauere und ja, heute rückblickend, natürlich einiges im Verhandlungsprozess anders machen

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Ah!)

und mit weiteren Kontrollmechanismen versehen würde und dies im weiteren Verfahren auch tun werde.

(Beifall der SPD, der FDP und bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aber ich neh-

me für mich auch in Anspruch, die von uns angelegten Ausstiegsszenarien ab dem Vorliegen der entsprechenden Hinweise und Erkenntnisse ganz konsequent umgesetzt und die Reißleine gezogen zu haben.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Hinweise des SWR! –

Zuruf des Abg. Alexander Licht, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir brauchen den Flughafen Hahn, damit die ländlich geprägte Mitte unseres Landes ein attraktiver Arbeits- und Lebensstandort ist und bleibt. Wir haben gehandelt, als mit Blick auf die EU-Vorgaben klar wurde, dass der Hahn privatisiert werden muss. Den Weg, den wir mit dem Privatisierungsprozess des Flughafens Hahn eingeschlagen haben, ist der richtige. Nur so sind aus heutiger Sicht auf Dauer ein wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb und der Erhalt der Arbeitsplätze möglich.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Verschleppt haben Sie diesen Weg!)

Der Flughafen stand und steht unter großem wirtschaftlichem Druck. Ziel der Landesregierung war und ist – ich betone, es bleibt dabei –, diesen Flughafen zu erhalten. Die Landesregierung hat in den vergangenen Jahren die Voraussetzung geschaffen, um die Privatisierung überhaupt erst zu ermöglichen. Erst die Entscheidung der Europäischen Kommission vom 1. Oktober 2014 in den beiden Beihilfeverfahren zum Flughafen Hahn hat den weiteren Weg frei gemacht. Dazu zählt die in Abstimmung mit der Europäischen Kommission mit 121,9 Millionen Euro aus dem Landeshaushalt vorgenommene Entschuldung.

Allerdings schränken die Luftverkehrsleitlinien die öffentlichen Finanzierungsmöglichkeiten von Flughäfen stark ein. Betriebsbeihilfen sind längstens bis 2024 möglich,

(Zuruf von der CDU: Gott sei Dank!)

und auch nur dann, wenn bis dahin durch belastbare Businesspläne ein wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb darstellbar ist. Ein wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb ist aus heutiger Sicht nur noch mit einem privaten Eigentümer erreichbar.

Wir alle im Plenum wissen, ohne die Aussicht auf ein ausgeglichenes Ergebnis wird die EU-Kommission keine weiteren Betriebsbeihilfen durch das Land genehmigen.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Erzählen Sie etwas zu dem Käufer! Dazu wollten Sie doch etwas sagen!)

Den notwendigen Verkaufsprozess haben wir eng mit der Europäischen Kommission abgestimmt. Nach einer 2013 durchgeführten Markterkundung bildeten die Neustrukturierung der FFHG und die durchgeführten Sanierungsmaßnahmen im Unternehmen die Voraussetzung für die Privatisierung. Über das Ergebnis der Markterkundung wurde damals intensiv berichtet.

(Zuruf des Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU)

Im März 2015 wurde das entsprechende Verfahren zur Veräußerung des Geschäftsanteils des Landes in Abstim-

mung mit der Europäischen Kommission eingeleitet. Die Europäische Kommission verlangt ein transparentes, offenes und bedingungsloses Verfahren.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Wissen Sie, was das ist?)

Die Durchführung genau eines solchen Verfahrens war unser Auftrag an das Unternehmen KPMG. Wir haben KPMG gerade deshalb beauftragt, damit ein erfahrenes Unternehmen in unserem Auftrag das Verfahren durchführt.

(Zuruf des Abg. Martin Brandl, CDU –
Abg. Christian Baldauf, CDU: Jetzt lesen Sie einmal den Auftrag vor! –

Abg. Alexander Licht, CDU: Bis jetzt haben Sie nicht erklärt, wie der Auftrag genau lautet!)

Auf Vorschlag der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erfolgte ein mehrstufiges Bieterverfahren. In der ersten Angebotsphase konnten die Interessenten ein erstes Unternehmens- und Finanzierungskonzept vorlegen. Diese Phase wurde im Juli 2015 wie geplant beendet. Von 30 Interessierten verblieben acht im weiteren Verfahren. Zwei Angebote wurden nicht weiter verfolgt, da diese potenziell negative Kaufpreise vorsahen.

Im weiteren Verfahren verblieben schließlich im Dezember 2015 drei berücksichtigungsfähige Angebote. Alle drei abgegebenen Angebote entsprachen den Angebotsvoraussetzungen.

(Zuruf des Abg. Martin Brandl, CDU)

Der Rechnungshof wurde ab November 2015 eingebunden.

Alle Angebote sahen die Fortführung des Flugbetriebs der Gesellschaft sowohl im Fracht- als auch im Passagebereich sowie deren Weiterentwicklung vor. Die Angebote bewegten sich im Rahmen der Luftverkehrsleitlinien der Europäischen Kommission und berücksichtigten die Inanspruchnahme entsprechender Betriebs- und Investitionsbeihilfen sowie die Erstattung von Sicherheitskosten für nicht wirtschaftliche Tätigkeiten.

Mit diesen drei Bietern wurden daher ab Januar 2016 Verhandlungen aufgenommen. Die Shanghai Trading hat den höchsten Kaufpreis geboten. Das ist nach Auffassung der Europäischen Kommission das entscheidende Kriterium für die Auswahl.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Das ist falsch! Das wissen Sie!)

Die Europäische Kommission hatte uns bei der Vorabstimmung des Ausschreibungsverfahrens ausdrücklich darauf hingewiesen, wir dürfen dabei das jeweilige Unternehmenskonzept nicht als Auswahlkriterium heranziehen, es zählt der Kaufpreis. Nach ausdrücklichem Hinweis der Europäischen Kommission im Rahmen der laufenden Abstimmung des Ausschreibungsverfahrens durften die Angebote der Bieter über die Kaufpreise hinaus auch im Hinblick auf das jeweilige Unternehmenskonzept im Rahmen der Auswahlentscheidung nicht bewertet werden.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Wieder falsch!
Das stimmt alles nicht!)

– Es war mir klar, dass Sie an dieser Stelle dazwischenrufen „Das stimmt alles nicht“. Dazu ist zu sagen, es gibt einen Artikel in der Rhein-Zeitung vom 5. Juli.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Dort steht Folgendes – der Trierische Volksfreund hatte Ähnliches berichtet –: „Doch bei der EU-Kommission in Brüssel heißt es in der Tat, allein der Kaufpreis sei ausschlaggebend. ‚Die Einzelheiten eines Businessplans oder was der Käufer plant mit dem Gekauften in Zukunft zu tun, sollte keine relevante Überlegung bei der Auswahl des besten Bieters sein‘, teilt die EU-Kommission auf Anfrage mit. Der Staat müsse vielmehr ‚den maximalen Käuferlös wählen, wie es ein privater Verkäufer tun würde‘.“

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Deshalb nimmt man einen Reifenhändler! –
Abg. Alexander Licht, CDU: Zitieren Sie auch den nächsten Teil!)

Auch der Wunsch des Landes zur Fortführung des Flugbetriebs stellt danach eine unzulässige Bedingung dar.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Sie sind ein Meister der Halbwahrheiten! –
Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Eine Halbwahrheit kann eine Unwahrheit sein! –
Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Mit „Unwahrheit“ wäre ich vorsichtig!)

Das Verfahren und die Bewertung der Angebote sowie die Überprüfung des potenziellen Käufers des Flughafens Hahn hat das Land dem Unternehmen KPMG übertragen. KPMG hat die Ausschreibung mit der EU-Kommission abgestimmt, damit wir keine Form- oder Verfahrensfehler begehen.

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG wurde bereits 2012 im Rahmen eines öffentlichen Ausschreibungsverfahrens als Transaktionsberater des Landes ausgewählt. Wesentliche Gegenstände des Auftrags – danach bin ich gefragt worden – waren

- a) die Vorbereitung und Durchführung einer Markterkundung,
- b) in diesem Zusammenhang die Analyse von Modellen zur Weiterentwicklung des Flughafens Frankfurt-Hahn sowie
- c) die Begleitung des Landes bei der Vorbereitung und Durchführung eines Ausschreibungsverfahrens.

Hierzu zählen insbesondere die folgenden zehn Aufgaben, nach denen auch von Ihnen gefragt worden ist:

1. Die Erstellung der notwendigen Verfahrensunterlagen für das Ausschreibungsverfahren,
2. die Steuerung eines internationalen, transparenten Bietverfahrens,

3. die Erstellung und Zusammenführung der notwendigen Unternehmensdokumentationen,

4. Organisation und Abwicklung der Due Diligence für ausgewählte Bieter,

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

5. die Beantwortung von Bieterfragen,

6. die Beratung bei der Vertragsgestaltung und die Unterstützung bei Bieterverhandlungen,

7. die betriebswirtschaftliche Beratung bei der Vertragsgestaltung,

8. die regelmäßige Abstimmung der Verfahrensunterlagen und Verfahrensstände mit der Europäischen Kommission,

9. die informelle Vorabstimmung einer Notifizierung von Betriebsbeihilfen durch die Europäische Kommission auf der Basis des Businessplans des präferierten Bieters,

10. die laufende Unterstützung des Auftraggebers bei der Vorstellung des Ausschreibungsverfahrens in den Gremien des Landes.

(Zuruf des Abg. Alexander Licht, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Rechtsberatungsleistungen werden durch die KPMG Rechtsanwalts-gesellschaft erbracht. Hierzu zählt die rechtliche, insbesondere EU-beihilferechtliche und vergaberechtliche Beratung des Landes im Zusammenhang mit der Restrukturierung der FFHG und der Durchführung eines Ausschreibungsverfahrens. Mit KPMG sind wir in Kontakt über die Veröffentlichung der Auftragsunterlagen.

KPMG wurde im August 2015 zudem mit einer Integritätsprüfung des auszuwählenden Bieters beauftragt. Dabei handelt es sich um eine Prüfung auf Gesetzesverstöße und Bonitätsrisiken auf der Grundlage zugänglicher Quellen und zahlreicher Datenbanken. Zusätzlich wurden bezüglich etwaiger Tätigkeiten in Deutschland unter anderem Handelsregister, Bundesanzeiger und Creditreform-Auskünfte eingeholt. Wie mir berichtet wurde, wurde uns dieses Verfahren ausdrücklich von KPMG empfohlen.

(Abg. Martin Brandl, CDU: Schon wieder sind die schuld!)

Wir haben hierbei auf die Expertise des Unternehmens vertraut.

Zur ordnungsgemäßen Errichtung der Gesellschaft Shanghai Trading, SYT, ihren Gesellschaftern und deren Anteilshöhe, der Vertretungsberechtigten sowie der Zulässigkeit des Erwerbs der 82,5 % Beteiligung nach chinesischem Recht hat die Shanghai Trading auf Verlangen zudem eine rechtliche Stellungnahme, eine sogenannte Legal Opinion, einer chinesischen Rechtsanwaltskanzlei vorgelegt.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Stichwort bezogen!)

Die Vorlage einer Legal Opinion zu den genannten Aspek-

ten ist gängige Praxis und wird beim Abschluss von Konsortialkreditverträgen von den finanzierenden Banken regelmäßig verlangt. Aufgetretene Unklarheiten über die Gesellschafterstruktur konnten ausgeräumt werden. KPMG hat nach dem Ergebnis der Prüfung keine Anhaltspunkte gesehen, die einem Verkauf des Geschäftsanteils des Landes an der Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH an die SYT entgegenstünden.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU –
Zuruf des Abg. Martin Brandl, CDU)

Sie haben im Leserraum die Möglichkeit gehabt, den Zusatz zu dieser einen zeitweiligen roten Ampelstellung zu lesen. Dort steht als Zusatz von KPMG: Die oben genannten Erkenntnisse bezüglich der Teilhaberstruktur wurden mit SYT-CL besprochen und konnten nach angekündigten, bekannt gegebenen Änderungen in der Teilhaberstruktur von SYT-CL über ein Rechtsgutachten der chinesischen Anwaltskanzlei Jingtian & Gongcheng, datiert vom 27. Mai 2016, sowie über einen aktualisierten Auszug des öffentlichen Verzeichnisses des Shanghai Jing'an Marktüberwachungs- und Verwaltungsbüros geklärt werden.

(Abg. Gerd Schreiner, CDU: Haben Sie jetzt aus dem vertraulichen Dokument zitiert? –
Abg. Julia Klöckner, CDU: Das finde ich ja interessant!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, als wir mit dem Höchstbietenden, der SYT, einen Anteilskaufvertrag geschlossen hatten – – –

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Hendrik Hering:

Herr Minister, es gibt eine offensichtliche Zwischenfrage des Herrn Licht. Die Frage ist, lassen Sie die Zwischenfrage zu.

Roger Lewentz, Minister des Innern und für Sport:

Ja.

Abg. Alexander Licht, CDU:

Herr Minister, dürfen wir so wie Sie ab jetzt aus den vertraulichen Unterlagen öffentlich zitieren?

Roger Lewentz, Minister des Innern und für Sport:

Herr Licht, es tut mir leid, dass ich das getan habe. Sie haben recht. Aber Sie wissen, dass ich zum Beispiel gesagt habe, ich kann mir gut vorstellen, dass wir die Vertragsunterlagen alle öffentlich machen. Aber, es ist richtig.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Ja, und jetzt? –
Weitere Zurufe und Heiterkeit bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, als wir mit dem Höchstbietenden, der SYT, einen Anteilskaufvertrag geschlossen hatten, hat die Landesregierung ein Gesetzgebungsverfahren angestoßen. In diesem Verfahren, in

diesem Vertrag legten wir fest, dass der Landtag seine Zustimmung zum Verkauf des Hahn geben muss, ansonsten wird der Kaufvertrag nicht wirksam.

(Abg. Christine Schneider, CDU: Das ist unglaublich, Herr Präsident!)

Damit ist zwingend eine öffentliche Aussprache im Landtag verbunden.

Das Gesetz sollte dem Landtag das letzte Wort beim Verkauf des Flughafens sichern, genau das verhindern, was uns die Opposition vorwirft, nämlich heimlich den Flughafen zu veräußern.

(Heiterkeit des Abg. Alexander Licht, CDU)

Die beiden notariell beurkundeten Verträge wurden dem Landtag übermittelt.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Allerdings ist es unheimlich!)

Ich habe erklärt, dass ich mit einer Veröffentlichung einverstanden bin. Das hat die Kanzlei Greenfort für SYT abgelehnt.

Der Landtag stellte die Unterlagen in einem Leserraum zur Verfügung. Diese Verfahrensweise trägt der Transparenz gegenüber dem Landtag und dem gebotenen Vertrauensschutz gleichermaßen Rechnung.

(Heiterkeit bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für das Ausbleiben fälliger Zahlungen für die Housing konnte zum damaligen Zeitpunkt eine nachvollziehbare Begründung seitens des Käufers vorgetragen werden. Die Landesregierung hat dem Landtag das Gesetz am 14. Juni zugeleitet. Darauf komme ich später noch einmal zurück.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Anteilskaufvertrag mit SYT sieht vor, dass der Geschäftsanteil des Landes an der FFHG erst mit Zahlung des Kaufpreises übergehen kann. Gleiches gilt für den Grundstückskaufvertrag zwischen SYT und dem LBB.

Auszahlungen an die Flughafengesellschaft in Form der anteiligen Erstattung von Betriebs- und Investitionsbeihilfen sowie von Sicherheitskosten erfolgen nur nach Vollzug des Verkaufs und immer nur nachträglich für das vergangene Jahr auf der Grundlage eines Testats eines unabhängigen Wirtschaftsprüfers und nur in Höhe eines tatsächlich ausgewiesenen Verlusts.

Voraussetzung ist bei der Betriebsbeihilfe überdies, dass das Jahresergebnis der Flughafengesellschaft nicht wesentlich von dem Businessplan abweicht, der der Europäischen Kommission im Rahmen der Notifizierung vorgelegt wurde. Dabei ist die Auszahlung auch an bestimmte Bedingungen, wie beispielsweise die Fortführung des Flugbetriebs, geknüpft. Das ist mit Blick auf die Arbeitsplätze sehr wichtig.

Ich möchte ausdrücklich betonen, der Käufer hatte zu keinem Zeitpunkt Zugriff auf Landeseigentum.

Neben dem Geschäftsanteil des Landes an der FFHG wollte der Käufer auch landseitige Grundstücke erwerben, die sich im Eigentum des Landesbetriebs Liegenschafts- und Baubetreuung befinden. Es geht um die Housing und um angrenzende Flächen mit dem Schulungszentrum. In Abstimmung mit dem hierfür zuständigen Ministerium der Finanzen – – –

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Hendrik Hering:

Eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Licht. Lassen Sie die zu?

Roger Lewentz, Minister des Innern und für Sport:

Ja.

Abg. Alexander Licht, CDU:

Herr Minister, Sie haben die Businesspläne genannt, die der EU-Kommission vorgelegt worden sind. Können Sie mitteilen, welche Mitglieder des Ministerrates, der Landesregierung, den Businessplan des Käufers gelesen, gekannt, bewertet haben?

Roger Lewentz, Minister des Innern und für Sport:

Das muss ich Ihnen nach Abfrage mitteilen.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Hat dann ja ein großes Thema gespielt! –
Unruhe im Hause)

Ich darf meine Ausführungen vielleicht an der Stelle noch einmal wiederholen. Neben dem Geschäftsanteil des Landes an der FFHG wollte der Käufer auch landseitige Grundstücke erwerben – Sie wissen es –, die sich im Eigentum des Landesbetriebs Liegenschafts- und Baubetreuung befinden. Es geht um die Housing und um angrenzende Flächen mit dem Schulungszentrum.

In Abstimmung mit dem hierfür zuständigen Ministerium der Finanzen erfolgte die notarielle Beurkundung zeitgleich mit der Beurkundung des Anteilskaufvertrags.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wegen der bis zum 10. Juni nicht erfolgten Zahlung wurde der Käufer schon nach sieben Werktagen am 22. Juni gemahnt. Zweifel an den Aussagen über die Gründe für die nicht erfolgte Überweisung habe ich am 28. Juni zum Anlass genommen, mit eintägiger Fristsetzung das Unternehmen SYT zur Vorlage chinesischer Behördenunterlagen aufzufordern.

Unmittelbar nach Nichterfüllung dieser Aufforderung habe ich am 29. Juni die Fraktionsvorsitzenden im Landtag gebeten, die Beratungen zum Gesetzentwurf auszusetzen, und öffentlich informiert.

Am gleichen Tag hat Herr Staatssekretär Stich das chinesische Generalkonsulat in Frankfurt in dieser Sache eingeschaltet. Seit dem 21. Juni war auch das BMWi eingebunden worden.

Der von mir am 4. Juli nach Shanghai entsandte Staatssekretär Stich und die ihn begleitenden KPMG-Vertreter haben mich am 6. Juli informiert, dass es begründete Zweifel an vorgelegten Unterlagen, unter anderem an der Richtigkeit der vorgelegten Bankbelege, gibt. Sollte dies so sein, muss man von Betrug ausgehen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Zudem haben wir erfahren, dass es erstmals am 5. Juli Kontakt zwischen SYT und den zuständigen chinesischen Behörden gegeben haben soll.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Unglaublich!)

Das Land wird die Vertragsbeziehungen mit SYT beenden.

Ich bin davon überzeugt, wir haben entschlossen gehandelt, sobald wir entsprechende Hinweise hatten.

(Heiterkeit bei CDU und AfD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, KPMG hat am 5. Juli Kontakt mit den Bietern 2 und 3 aufgenommen. Diese hatten nach Abschluss der Verträge Anfang Juni bekundet, weiterhin Interesse am Erwerb des Geschäftsanteils an der FFHG zu haben. Zuvor schon, am 23. Juni, hat Herr Siegfried Englert, seines Zeichens führender Gesellschafter der ADC GmbH, mir gegenüber bekräftigt, dass seine Gesellschafter weiterhin Interesse am Flughafen haben. Ebenso hat der ehemalige Landrat des Rhein-Hunsrück-Kreises, Herr Bertram Fleck, dieses Interesse im Zusammenhang mit der ADC mir gegenüber ausgedrückt.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Hendrik Hering:

Es gibt eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Junge.

Abg. Uwe Junge, AfD:

Keine Zwischenfrage. Ich wollte nur signalisieren, dass ich sprechen möchte.

Präsident Hendrik Hering:

Entschuldigung.

Herr Minister, Sie haben das Wort.

Roger Lewentz, Minister des Innern und für Sport:

Ebenso hat Herr Englert sein Interesse an der Housing und dem Schulungszentrum erneut hervorgehoben. Diese Verhandlungen waren ohnehin nur ausgesetzt wegen des Interesses von SYT an den Grundstücken. Auch hier wurde schnell gehandelt. Wir wollten und mussten bestehende Veräußerungschancen nutzen.

Das Finanzministerium hat mir Folgendes mitgeteilt:

Die FFHG und ADC sowie der LBB haben gestern Abend einen Kaufvertrag unterschrieben. Vorbehaltlich der par-

lamentarischen Zustimmung, um die wir in der nächsten Woche bitten,

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Wie hoch ist der Kaufpreis? –

Zuruf von der CDU: Was steht denn da drin?)

gehen die Housing und der Campus auf die ADC über. Die ADC hat ohne bestehende vertragliche Verpflichtung 100 % der Housing bereits auf ein Notaranderkonto bezahlt.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Wie viel? – Zuruf des Abg. Michael Frisch, AfD)

Vereinbart sind die Konditionen, die auch damals ausgehandelt wurden. – Nach meinem Kenntnisstand.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Haben Sie überhaupt einen Kenntnisstand? – Unruhe im Hause)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, den Weg, den wir mit dem Verkaufsprozess des Flughafens Hahn eingeschlagen haben, ist der richtige.

Ich möchte an dieser Stelle nicht vergessen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern am und um den Flughafen zu danken. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Flughafen Hahn GmbH sowie die vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der am Hahn ansässigen Unternehmen haben sich vor und während des Verkaufsprozesses immer loyal zu ihrem Flughafen verhalten. Ich danke ihnen für ihre Unterstützung und möchte ihnen versichern, dass seitens der Landesregierung alles getan wurde und getan wird, um dem Flughafen Hahn Zukunftschancen zu eröffnen. Dies habe ich bereits gestern im Gespräch mit den Betriebsräten der FFHG zum Ausdruck gebracht.

Meine sehr geehrten Damen – – –

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Hendrik Hering:

Es gibt eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Licht. Wollen Sie sie zulassen?

Roger Lewentz, Minister des Innern und für Sport:

Ja.

Abg. Alexander Licht, CDU:

Herr Minister, können Sie bestätigen, und wenn ja, wie würden Sie es kommentieren, dass aufgrund der Vermittlung des Innenministeriums Herr Müller als Beauftragter von SYT tätig wurde?

Roger Lewentz, Minister des Innern und für Sport:

Ich kann Ihnen nicht bestätigen, dass das im Auftrag oder über die Vermittlung durch das Innenministerium war. Nein.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Wer hat den Vertrag unterschrieben?)

– Ist das jetzt eine Nachfrage? – Vielleicht bringe ich dann doch meine Rede zu Ende.

Präsident Hendrik Hering:

Natürlich gibt es das Instrument der Zwischenfrage. Aber man soll einem Redner auch zugestehen, eine geschlossene Rede zu halten, um den Gesamtzusammenhang darzustellen. Auch das muss von Ihnen in einer vernünftigen Abwägung geschehen.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Das liegt jetzt nicht an uns!)

Bitte, Herr Minister, Sie haben das Wort.

Roger Lewentz, Minister des Innern und für Sport:

Vielen Dank, Herr Präsident.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, an dieser Stelle möchte ich den Bürgermeister der Verbandsgemeinde Kirchberg, Herrn Rosenbaum, zitieren. Er sagt: „Ich sage es moderat, aber klar, es muss jetzt weitergehen.“ So Rosenbaum. Weiter heißt es in dem Artikel der Rhein-Hunsrück-Zeitung vom 1. Juli 2016: „Er weiß, dass dies – also der Groll auf die Landesregierung – erstens nichts ändern würde und zweitens potenzielle Investoren nur verstört, wenn ein politischer Schlagabtausch statt sachlicher Arbeit den Alltag rund um den Hahn in diesen schwierigen Zeiten bestimmt.“

(Heiterkeit bei CDU und AfD)

Für diese konstruktive Haltung bin ich dem Herrn Bürgermeister ausdrücklich dankbar.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

(Abg. Alexander Licht, CDU: Die Täter sitzen in der Regierung!)

vor mehr als 20 Jahren wurde der Militärflughafen im Hunsrück aufgegeben. Die Krise in der Region schien kaum zu bewältigen. Wir erinnern uns.

Die Regierungen haben viel investiert. Hierfür sind wir oft kritisiert worden. Keine Frage, die betriebswirtschaftliche Bilanz des Flughafens ist schwierig.

(Heiterkeit bei der AfD)

Aber es geht nicht nur um betriebswirtschaftliche Bilanzen – – –

– Lachen Sie ruhig.

Es geht für uns nicht nur um betriebswirtschaftliche Bilanzen, es geht um Menschen, denen wir Arbeitsplätze und eine Lebensgrundlage geben wollen.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Alexander Licht, CDU: Weil Sie genau
das nicht machen! –
Weitere Zurufe von der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will das auch ausdrücklich in Ihre Richtung sagen.

Gemeinsam mit den regional Verantwortlichen und ausdrücklich auch mit denen von der CDU haben wir den Ausstieg der Fraport und die Finanzkrise überstanden. Wir haben es gemeinsam hinbekommen, diese schwierigen Situationen zu überstehen. Wir haben gehandelt, als mit Blick auf die EU-Vorgaben klar wurde, dass der Hahn privatisiert werden muss. Der Privatisierungsprozess ist und bleibt die Chance des Flughafens Hahn. Wir werden alles wirtschaftlich Vernünftige und rechtlich Mögliche – ich will es noch einmal betonen – tun, um den Hahn in eine gute Zukunft zu führen.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Da brauchen
Sie aber Verhandlungspartner dazu!)

Vielen Dank.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Für die CDU-Fraktion hat Frau Vorsitzende Klöckner das Wort.

Abg. Julia Klöckner, CDU:

Frau Ministerpräsidentin, Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Lewentz, Ihr fulminanter Aktentwurf von eben hat eines verdeutlicht: So tritt jemand auf, der nicht für eine Region kämpft, sondern der sich Sorgen um den eigenen Ministerjob macht.

(Beifall der CDU und der AfD)

Herr Lewentz, Sie sagten eben: Wir werden alles wirtschaftlich Vernünftige tun. – Aus Ihrem Mund hört sich das wie eine Drohung an.

(Beifall bei CDU und AfD)

Ein Weiteres, ein Drittes noch. Sie haben gesagt: Wir haben entschlossen gehandelt. – Wissen Sie, Sie können entschlossen handeln, wo man es Ihnen dann auch abnimmt; denn Sie sagten, Sie können sich vorstellen, die Akten öffentlich zu machen. Handeln Sie entschlossen; denn gestern kam von Ihnen ein Schreiben, auf dem stand, dass die Akten, die Sie eben vorgelesen haben, von uns nicht öffentlich zu behandeln seien. Was ist davon zu halten, Herr Minister?

(Beifall der CDU –
Abg. Christine Schneider, CDU: So ist es!)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, alle unsere Befürchtungen haben sich bestätigt. Alle unsere Fragen, unsere Zweifel, die wir immer wieder in den vergangenen

Monaten im Plenum, in Ausschüssen vorbrachten, waren mehr als berechtigt. Das sind Worte, die nicht neu sind. Sie fielen fast auf den Tag genau vor sieben Jahren – es war der 10. Juli 2009 – im rheinland-pfälzischen Plenum.

Auch damals kam der Landtag zu einer Sondersitzung zusammen. Es ging nicht um den Hahn. Es ging um den Nürburgring und die damals aufgefliegenen windigen Finanzierungsabenteuer der Landesregierung unter Ministerpräsident Beck. Zu seinem Kabinett gehörte die Ministerin Dreyer.

Wir erinnern uns, Finanzminister Deubel hatte drei Tage zuvor seinen Hut nehmen müssen, und mein Kollege Christian Baldauf leitete damals seine Rede mit den eben zitierten Worten ein. Und Sie haben wieder Aktualität. Grund dafür ist diese Landesregierung.

Verehrte Kollegen, Geschichte wiederholt sich nicht, oder doch? Diese SPD-geführte Landesregierung ist hierfür der beste Beweis, dass sich Geschichte doch wiederholt. Nach den unglaublichen Vorgängen am Nürburgring, die den rheinland-pfälzischen Steuerzahler bislang über eine halbe Milliarde Euro gekostet haben, hätte es keiner mehr für möglich gehalten, dass eine Landesregierung sich in so kurzer Zeit wieder mit unseriösen Geschäftspartnern einlässt und ein Großprojekt, Tausende von Arbeitsplätzen und die Zukunft einer ganzen Region fahrlässig aufs Spiel setzt.

(Beifall der CDU und bei der AfD –
Beifall auf der Zuschauertribüne –
Glocke des Präsidenten)

Präsident Hendrik Hering:

Entschuldigung, Frau Klöckner. Wir sind froh, wenn wir Besucherinnen und Besucher im Landtag haben, aber klar ist, wie auch die Regierungsmitglieder haben sich auch andere mit Beifallsbekundungen bei der Teilnahme an der Sitzung zurückzuhalten. Ich darf Sie bitten, das zu beachten. Bitte, Frau Klöckner.

Abg. Julia Klöckner, CDU:

Geschichte wiederholt sich nicht. Die Parallelen sind aber frappierend: ein zweifelhaftes, riskantes Projekt, keine genauen Zahlen, keine genauen Pläne, windige Geschäftsgebaren, unbekannte Hintermänner, Öffentlichkeit und Parlament, die getäuscht werden.

Erst werden Käufer als seriös gelobt, und man macht schöne Fotos mit ihnen. Kritische Nachfragen von Opposition und Journalisten sind unerwünscht und werden weggeschwicht. Wenn dann scheinbar die Wahrheit ans Licht kommt, dann sind – wir haben es bei Herrn Lewentz wieder gemerkt – natürlich andere schuld. Doch, Geschichte wiederholt sich: von Herrn Beck auf Frau Dreyer, und das nahtlos.

(Beifall der CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen – Zitat –: „Wir werden alles daransetzen, mit dem Flughafen Hahn in eine gute Zukunft zu gehen.“ – Das waren Ihren Worte, Frau Dreyer,

kurz nach Amtsantritt 2013. Die Menschen haben Ihnen vertraut. Aber sie wurden von diesen Worten enttäuscht. Nach der Landtagswahl versprachen Sie in Ihrer ersten Regierungserklärung – Zitat –: „Wir werden (...) aus Gründen maximaler Transparenz (...) ein Hahn-Veräußerungsgesetz einbringen.“ – Den unbekanntesten chinesischen Käufer des verschuldeten Flughafens stufen Sie, Frau Dreyer, höchstpersönlich als seriös ein. Ich zitiere: „Ich kann nur sagen, dass ich mich vergewissert habe, dass diejenigen, die die Verkaufsverhandlungen geführt haben, alles an Sicherheiten eingeholt haben, was möglich ist. Nach den Dingen, die wir haben überprüfen lassen, gab es für mich keinen Anlass, daran zu zweifeln, dass das ein seriöser Partner ist.“

(Abg. Hedi Thelen, CDU: Peinlich!)

Das waren Ihre Worte, Frau Dreyer, Worte, die jegliche Nachfragen schon zu Beginn ersticken sollten. Sie haben die Marschrichtung damit vorgegeben.

(Beifall der CDU –
Abg. Christian Baldauf, CDU: Und Sie sind Juristin!)

Halten wir fest, Sie haben von einer guten Zukunft für den Hahn gesprochen. Sie haben maximale Transparenz versprochen, und Sie sahen keinen Anlass, an der Seriosität des Käufers zu zweifeln.

Frau Ministerpräsidentin, was ist seitdem passiert? In einem Gutachten aus dem Jahr 2010 des Landesrechnungshofes wurden Ihnen damals klare Kriterien aufgestellt, was das Land bei einer Auswahl von Geschäftspartnern zu tun habe. Damals ging es um den Nürburgring. Ich zitiere: Die gebotene Sorgfalt bei der Auswahl von Geschäftspartnern verlangt schon im gewöhnlichen kaufmännischen Geschäftsverkehr, sich über Professionalität, Seriosität, Bonität und Liquidität eines Vertragspartners hinreichend zu vergewissern. Für Unternehmen der öffentlichen Hand ist darüber hinaus ein rechtlich einwandfreies Handeln möglicher Geschäftspartner von besonderer Bedeutung.

Frau Dreyer, Sie wussten also diesmal ganz genau – und gerade noch als ausgebildete Juristin –, was Sie zu tun haben, was Sie einzuhalten hatten. Sind Sie diesem Maßstab gerecht geworden?

(Abg. Johannes Zehfuß, CDU: Eben nicht!)

Andere haben für Sie den Job gemacht. Fernseheteams von ARD und ZDF haben aufgedeckt, dass die Sitzadressen Ihrer chinesischen Käufer wohl Briefkastenadressen sind. Richtige Büroräume, ein Firmenschild oder Angestellte findet man dort nicht, stattdessen Kartons mit Drogerieartikeln, was an sich schon nichts Schlimmes ist, aber wenn man den Anspruch hat, einen Flughafen in die Zukunft zu führen, ist das ziemlich bemerkenswert, einen Reifenhändler, der einen mit den Worten begrüßt: Seid ihr auch betrogen worden? – Das warf Fragen auf, Fragen zur Seriosität Ihres Verkäufers.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN: Als wäre sie selbst dort
gewesen!)

– Jetzt ruft mir Herr Dr. Braun hinein „Als sei sie selbst dort gewesen“.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN: Ja genau! Welche
Drogerieartikel waren es denn?)

Herr Dr. Braun, halten wir eines einmal fest, wenn Herr Lewentz Artikel zitiert, kann ich auch Artikel zitieren. Ich vertraue den Öffentlich-Rechtlichen. Ich bin froh, dass es sie gibt. Aber Sie sollten besser nicht mehr den Worten Ihrer Regierung trauen und selbst hinfahren.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das ist genau dieser Moment des Hochmuts einer Regierung und regierungstragender Fraktionen, die – ja! – die Wahl gewonnen haben. Aber das rechtfertigt nicht, sich ein für allemal über eine Opposition zu erheben, sich lustig zu machen und am Ende dann die Fragen zu stellen, als hätte man sie selbst entdeckt, die man bei der Opposition noch als Schlechtredden einer ganzen Region gebrandmarkt hatte.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

ZDF-Recherchen zufolge hat sogar KPMG den Sitz der Käuferfirma in Shanghai erst nach der Vertragsunterzeichnung aufgesucht. Frau Dreyer und Herr Dr. Braun, Sorgfaltspflicht sieht anders aus. Schaden vom Land abzuwenden, das sieht auch anders aus. Frau Dreyer, hierzu müssen Sie sich heute erklären.

Noch Anfang Juni hat das Innenministerium in einer Pressemitteilung behauptet, der Hahn-Investor sei umfassend geprüft worden. Als dann die Hinterhofbilder aus Shanghai die Runde machten, hatten Sie, Frau Dreyer, noch wörtlich kommentiert – ich zitiere –, man dürfe weniger von dem Optischen ausgehen.

(Heiterkeit bei CDU und AfD)

Frau Dreyer, Sie haben eine unnachahmliche Begabung, noch bei den größten Ungeheuerlichkeiten so zu tun, als seien Sie Herrin des Geschehens.

(Beifall der CDU und des Abg. Heribert
Friedmann, AfD)

Sie selbst bestritten noch, was jeder auf dem Foto sah und was Herr Dr. Braun nicht als bewiesen anerkennt. Ihnen sind die Regierungsgeschäfte anvertraut, Frau Dreyer. Aber Unbehagen machte sich bei anderen breit. Mittlerweile ist der öffentliche Druck auf Sie persönlich und auf Ihr Kabinett so groß geworden, dass Sie Ihren eigenen Käufer vom Staatssekretär suchen ließen: in der Millionenmetropole Shanghai, und das nach Vertragsabschluss, wahrscheinlich zu Last-Minute-Konditionen.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der AfD)

Wohlgermerkt, Sie schickten den Staatssekretär los, der am 8. Juni in einer Pressemitteilung des Ministeriums erklärte – Zitat –: „Hahn-Investor umfassend geprüft“. – Was ist

von einer solchen Regierung überhaupt noch zu halten?

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Verehrte Kollegen, eigentlich war das Ende der Reise schon vorher abzusehen, auch für Sie, Frau Dreyer, bereits vor Vertragsabschluss. Der normale Menschenverstand sagt einem das. Wenn hier nicht investigative Journalisten vor Ort recherchiert hätten, wenn nicht eine kritische Opposition gefragt hätte, wo wären wir dann heute? Wären Sie diesen Fragen dann nachgegangen? Sie hatten ja jeden Zweifel untersagt, die Koalitionäre ebenso, hier in der Aktuellen Stunde vor wenigen Tagen. Die, die nachfragten, waren die Schlechtredner, die Jammerer, die Mutlosen, denen vielleicht „German Mut“ fehlte, Herr Roth. Sie kennen alle Ihre Worte, die Sie damals brauchten.

Frau Dreyer, Ihr Käufer war doch von Anfang an unseriös. Das haben wir gemerkt. Das hat die Öffentlichkeit gespürt. Das haben Medienrecherchen dann belegt. Sie haben doch selbst die Businesspläne – gut, Herr Lewentz kann es jetzt nicht beantworten, es war auch eine Ad-hoc-Frage des Kollegen Licht, die sicherlich wahrscheinlich unstatthaft war, also eine Frage, ob das Kabinett, ob man die Businesspläne gelesen hätte – – –

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN: Das sind Zitate!)

Ich muss Ihnen wirklich sagen, wenn es um ein solches Zukunftsprojekt am Hahn geht, dann gehe ich schon davon aus, wenn das Kabinett die Hand gehoben hat, dass man sich mit der Thematik im Kabinett auch einmal beschäftigt hat.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei der
AfD –

Abg. Christian Baldauf, CDU: Ja, klar, ja natürlich!)

Frau Dreyer, Sie haben selbst die Businesspläne, die Unterlagen gelesen, oder etwa nicht? Sollte Frau Dreyer sich nicht persönlich die Verträge angesehen haben, dann wäre das ein Skandal im Skandal.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit – ich gehe davon aus, dass Sie die Businesspläne gelesen haben, da bin ich mir sicher, aufgrund Ihrer Zwischenrufe sind Sie voll im Bilde, die beiden Herren – – –

(Zurufe von der SPD)

Sollte Frau Dreyer, wie gesagt, sie sich nicht persönlich angesehen haben, werden wir sowieso hier an dieser Stelle noch einmal darüber reden.

Um seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu dokumentieren, hat Ihr Käufer behauptet – – –

(Zuruf von der SPD)

– „Abenteuerlich“ ruft Herr Noss. Auch das ist schön zu Protokoll zu geben. Abenteuerlich ist das, womit wir uns hier beschäftigen. Sie wollen doch nicht sagen, dass das

eine schöne Geschichte ist, die wir hier gerade haben.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Na ja, es ist halt so, man muss damit rechnen, Herr Noss, dass eine Rednerin einen Zwischenruf, der aus einem herausgekommen ist, dann auch noch kommentiert. Aber wer „abenteuerlich“ sagt, der kann ein ganzes Buch als Mitglied der SPD-Fraktion hier in diesem Land veröffentlichen.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Um seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu dokumentieren, hat Ihr Käufer behauptet, Frau Dreyer, er werde einen Auftrag der Firma thyssenkrupp über umgerechnet 1,3 Milliarden Euro erhalten. Thyssenkrupp kennt jedoch ihren seriösen Käufer nicht einmal.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN: Was für ein seriöser
Käufer?)

Herr Lewentz, hat das jetzt die Landesregierung herausgefunden? Nein, es war die Allgemeine Zeitung. Ihr Käufer behauptete weiterhin, für seine Firmen seien bei einzelnen Projekten schon einmal bis zu 200.000 Mitarbeiter im Einsatz. Das hat Sie offenbar beeindruckt. Diese Angabe wird laut F.A.Z. selbst in der chinesischen Bauindustrie für größtenteils gehalten. Aber der Größenwahnsinn ist noch zu toppen. Aktuell werden am Hahn knapp 80.000 Tonnen Fracht pro Jahr umgesetzt. Ihr Käufer versprach Ihnen laut AZ, auf 1,2 Millionen Tonnen Fracht zu kommen. Frau Dreyer, mehr als fünfzehnmal so viel von einem auf das andere Jahr, ungläubwürdiger geht es doch gar nicht!

(Beifall der CDU und der AfD)

Da fragen wir uns: Haben Sie das wirklich geglaubt? – Ich glaube es nicht, dass Sie das geglaubt haben. Aber Sie haben es in Kauf genommen. Sie haben es ausgeblendet. Es musste mit dem Vertragsabschluss schnell gehen: nach der Wahl, um jeden Preis.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Dann betonte Ihr chinesischer Käufer, er werde sich erst wieder öffentlich zu seinem Unternehmen äußern, wenn der Verkauf endgültig unter Dach und Fach sei. Das sagte er einem ARD-Korrespondenten. Erst, wenn der Deal unumkehrbar sei, sollte es eine Pressekonferenz geben. Dann wolle er sich ausführlich zu seiner Firma, den dahinter steckenden Investoren und seinen Plänen für den Regionalflughafen äußern. Er wollte – also ihr seriöser Investor, Frau Dreyer – also zuerst die Zustimmung der Abgeordneten, bevor er die vielen Zweifel an der Seriosität seines Unternehmens ausräumen will. Und Sie, Frau Dreyer, wollten dieses Spiel mitmachen. Das ist nur die pure Simulation maximaler Transparenz; denn das ist Intransparenz.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Das war dann die Zuversicht nach dem dreyerschen Motto „Wir wissen zwar nicht, an wen wir den Hahn hergeben, aber wir sind glücklich“. Als die Zweifel an den vermeintlichen Investoren für Sie langsam erdrückend wur-

den, hat die Landesregierung auf ein altbewährtes Mittel SPD-geführter Landesregierungen gesetzt. Sie hat wieder einmal – – –

(Zuruf von der SPD)

„Du meine Güte!“ können wir auch sagen. Aber ich finde, so etwas muss man in einer parlamentarischen Demokratie schon ertragen, Herr Noss.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU –
Abg. Christian Baldauf, CDU: Nicht lachen!)

Wie war es denn gewesen? Die Landesregierung hat wieder einmal die Schuld auf Dritte, auf ein Beratungsunternehmen, geschoben. Als alles noch gut darstellbar war, hieß es – Zitat –: „Mit der Übernahme durch einen Privatinvestor beginnt ein neues Kapitel am Hahn, das für weiteren Schub bei der Entwicklung des Flughafens sorgen wird.“ Gesagt und verkündet hat das höchstpersönlich Herr Innenminister Lewentz in einer Pressemitteilung des Hauses am 6. Juni. Wir fragen uns eigentlich, warum ist er nicht nach Shanghai geflogen. Das wäre dann auch ehrlicher gewesen, Herr Lewentz.

(Beifall bei der CDU)

Frau Dreyer, Sie und Ihre Regierung, Ihre Fraktion, haben ein Problem mit der Wirklichkeit. Deshalb werfen Sie auch anderen gern vor, dass diese ein Problem mit der Wirklichkeit hätten. Unsere Landesregierung gibt in der Öffentlichkeit ein katastrophales Bild ab, und das deutschlandweit.

(Abg. Christine Schneider, CDU: So ist es!)

Das kennen wir vom Nürburgring. Wenn eine Sache schief läuft, war es das Beratungsunternehmen. Ein solches Unternehmen, Frau Dreyer, handelt aber nur im Auftrag und auf Anweisung eines Auftraggebers. Der Auftraggeber sind Sie. Die politische Verantwortung trägt ein Beratungsunternehmen eben nicht. Wie war denn Ihr Auftrag an die KPMG, Frau Dreyer? Was sollte KPMG für Sie überprüfen? Machen Sie es endlich öffentlich, machen Sie es endlich maximal transparent. Haben Sie sie denn rechtzeitig nach Shanghai geschickt, um sich umzuschauen, das zu tun, was die öffentlich-rechtlichen Fernsehsender gemacht haben?

Herr Lewentz schiebt die Schuld wahlweise seinen von ihm ausgesuchten Beratern in die Schuhe oder dann gleich wieder der EU-Kommission, und er hat, wenn er schon zitiert, den nächsten Artikel des Trierischen Volksfreundes vergessen, in dem eines noch einmal klargestellt worden ist: „(...) und nur scheinbar wird die Öffentlichkeit über den suspekten Käufer informiert.“

Frau Dreyer, wenn KPMG wirklich Fehler gemacht hat, wie Sie behaupten, warum haben Sie dann bis heute keine Schadenersatzklage angekündigt?

(Beifall der CDU und der Abg. Dr. Sylvia
Groß, AfD)

Deshalb sage ich Ihnen, legen Sie doch einfach Ihren Auftrag an die KPMG offen. Das haben Sie bis heute nicht

getan.

Frau Dreyer, Sie haben gesagt: „Es gibt kaum jemanden, dem das so weh tut wie mir.“ – Frau Ministerpräsidentin, darum geht es doch gar nicht. Was meinen Sie, wie das den Menschen weh tut, die um ihre Arbeitsplätze und Existenzen am Hahn bangen?

(Beifall der CDU und der AfD)

Was meinen Sie, wie weh es tut, wenn man dort einfach nicht zur Ruhe kommt? Es macht sich Angst breit rund um den Flughafen, und erzählen Sie uns nicht wieder, das liegt daran, dass wir Fragen gestellt haben.

(Heiterkeit und Zurufe bei der CDU: Ja!)

Frau Dreyer, dabei haben die Menschen Ihren Worten geglaubt. Wenn man sich die einzelnen Abläufe der vergangenen Wochen und Monate anschaut, drängt sich die Frage auf: Wollten Sie vieles vielleicht gar nicht so genau sehen, Frau Dreyer? – Maximales Wegschauen statt maximaler Transparenz?

Frau Dreyer, Sie tun gerade so, als hätten Sie das nicht kommen sehen. Sie hätten es sogar verhindern können und auch müssen.

(Beifall der CDU und der AfD)

Oder tut es Ihnen einfach nur weh, dass das Ganze herausgekommen ist, Frau Dreyer?

Sie haben vor Vertragsunterzeichnung niemanden nach Shanghai geschickt, um sich dort ein Bild von dem Käufer zu machen. Sie haben bewusst nur eine begrenzte Prüfung Ihres Käufers in Auftrag gegeben, wie zu hören ist. Das heißt im Klartext, Ihnen genügte es, dass Allerweltsnamen durch das chinesische Google geschickt worden sind – und fertig. Sie wollten also bewusst keine ausführliche Prüfung des Käufers.

Dennoch drängten sich Unklarheiten und Risiken auf. Mittlerweile musste die Landesregierung nach Presseberichten des SWR und der WirtschaftsWoche eingestehen, dass es Warnungen gab vor dem Käufer, und zwar, Frau Dreyer, schon am 20. April.

Hatten Sie eigentlich damals Ihren neuen Koalitionspartner informiert? Wie konnten Sie in dem Wissen vom 20. April behaupten, für die Landesregierung gab es im Vorfeld – ich zitiere Sie – „keinen Ansatzpunkt, dass diese Überprüfung zu beanstanden gewesen wäre“?

Frau Dreyer, wie konnten Sie in diesem Wissen noch vor zwei Tagen sagen – und ich zitiere Sie wiederum –: „Zum damaligen Zeitpunkt hatte ich keine anderen Erkenntnisse, heute ist eine andere Sachlage und damit natürlich auch Grund zu zweifeln.“

Wer kann Ihnen da noch glauben?

Niemand von Ihnen will politisch mit der Zukunft, dem Schicksal des Flughafens Hahn in Verbindung gebracht werden, wenn es schlecht aussieht. Wir freuen uns, dass

heute der Aufsichtsratsvorsitzende des Flughafens, Herr Staatssekretär Professor Dr. Barbaro, Ihr Staatssekretär, da ist. Wir haben uns schon Sorgen gemacht. Wir hatten überlegt: Ist er kaltgestellt worden? Hat er zu viele Fragen gestellt? Hat er keine Lust mehr? – Und wie man hört, ist die Aufsichtsratssitzung, in der es ja nur um den Verlust von 17 Millionen Euro damals ging, auch nur übersichtlich besucht worden.

Frau Dreyer, gibt es übrigens den von Ihnen damals als Heilsbringer angekündigten Geschäftsführer des Flughafens überhaupt noch? Man hört gar nichts mehr von Ihrem Fachmann.

Wenn man Augen und Ohren verschließt, kann man glauben, dass die Fehler, die jetzt beim Hahn gemacht wurden und eindeutige Parallelen zum Nürburgring aufweisen, alleinige Folgen einer Täuschung, einer argwilligen Täuschung durch chinesische Käufer gewesen seien. In dieser Sache ist aber weder die Landesregierung noch ein Hochstapler ein Opfer. Die Menschen am Hahn sind die Opfer, die redlich ihre Arbeit machen und die sich auf Ihre Worte verlassen haben. Das sind die Opfer.

(Beifall der CDU und der AfD)

Ich sage es noch einmal: Frau Dreyer, Sie sind ausgebildete Juristin, und Sie haben genau gewusst, was Sie taten. – Mehr noch: „Es gab für mich keinen Anlass, daran zu zweifeln, dass das ein seriöser Partner ist.“

Frau Dreyer, das war eine Ansage an jeden Zweifler. Es war eine Ansage an jeden kritischen Beamten nach dem Motto, man möge es dabei belassen.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Woher kennen wir das bloß?)

Nein, wir haben es nicht dabei belassen, und die Journalisten zum Glück auch nicht; denn es ist schon ein besonderes Maß an routinierter Dreistigkeit, dass die eigene Regierung Inkompetenz kaschiert und jegliche Verantwortung auf Dritte abwälzen soll.

(Beifall der CDU und der AfD)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn man sich den Verkaufsprozess anschaut, dann fällt vor allem eines auf. Vor der Wahl hat sich das Verfahren hingezogen, und die Landesregierung suggerierte, dass man mehrere Bieter an der Hand habe, die den Hahn allesamt in eine gute Zukunft führen würden. Alle interessierten Bieter hätten substantielle Angebote eingereicht, hieß es aus den Reihen der Landesregierung. Wenn man mehr dazu wissen wollte, wurde gemauert.

Dann, nach der Wahl, musste es plötzlich ganz schnell gehen. Am 18. Mai, dem Tag, an dem Herr Dr. Wissing das Wirtschaftsministerium übernahm, stand morgens in der Zeitung: Vertrag mit den Chinesen steht.

Alleine diese zeitlichen Abläufe machen stutzig. Es drängt sich die Frage auf, ob Sie vielleicht einzig und alleine erst über die Landtagswahl kommen wollten und dann nicht schnell genug Fakten schaffen konnten, um den hoch de-

fizitären Flughafen loszuwerden, möglichst weit weg von einer der nächsten Wahlen. Koste es, was es wolle, egal an wen, Hauptsache weg.

(Beifall der CDU und der AfD)

Dies geschah aus einem einzigen Grund: damit Sie im schlimmsten Falle nicht für ein endgültiges Scheitern des Flughafenbetriebes verantwortlich sind.

(Zuruf von der CDU: Ja!)

Frau Dreyer, Sie halten die wichtigsten Unterlagen geheim. Wir durften sie lesen, aber wir dürfen nicht darüber sprechen, was darin steht. Aber so viel kann man, glaube ich, sagen: Jedem, der sich auch nur eine Stunde lang die Akten im Aktenraum anschaut und sich damit beschäftigt, merkt sofort, dass mit dem Käufer etwas nicht stimmen kann.

(Beifall der CDU und bei der AfD –
Abg. Martin Brandl, CDU: So ist es! Nur eine Stunde!)

Jeder hätte das erkennen können.

Dann drängt sich schon die Frage auf: Frau Dreyer, ging es Ihnen einzig und alleine darum, irgendjemanden zu finden, der Ihnen Ihr Hauptproblem abnimmt?

(Abg. Christine Schneider, CDU: So ist es!)

War dieses Hauptproblem der Erhalt der Arbeitsplätze am Hahn, oder war es eher Ihr eigenes Image, Frau Dreyer?

Sie können sich gleich hierzu erklären, und meine Fraktion erwartet das auch. Aber wir wollen belastbare Fakten, und es geht uns nicht darum, wie weh es Ihnen tut.

(Beifall der CDU)

Frau Ministerpräsidentin, erklären Sie uns, warum Ihnen nach der Wahl Schnelligkeit vor Gründlichkeit wichtiger war. Ist die Landesregierung lieber das bewusste Risiko eingegangen, den Flughafen an ein Phantom zu veräußern, als sich eingestehen zu müssen, dass der Hahn durch Ihre falsche Politik in die Insolvenz getrieben werden könnte? Erklären Sie uns und dem Parlament, warum der Hahn in diesem Sommer unbedingt verkauft werden muss. Die EU-Kommission sagt übrigens nichts vom Jahr 2016.

(Beifall der CDU)

Geschichte wiederholt sich. Auch beim Nürburgring habe man angeblich die Reißleine gezogen. Nein, die Lage war so erdrückend, dass Sie einen Ausweg brauchten. Das ist keine Reißleine, Herr Lewentz und Frau Dreyer. Sie sind nicht mehr Herr und Herrin des Verfahrens gewesen, Sie wurden zur Vollbremsung gedrängt.

Abenteuerlich war Ihre Erklärung, Sie würden das Ganze stoppen, weil eine Kaufrate am 10. Juni fließen sollte, und die sei nicht geflossen. Da fragen wir uns: Warum wusste die Öffentlichkeit nichts von diesem Termin und dieser Rate?

(Zurufe von der CDU: Ja, genau! –
Abg. Christine Schneider, CDU: Maximale
Transparenz!)

Warum haben Sie das nicht in den Sondersitzungen erwähnt, und warum haben Sie darauf nicht schon Mitte Juni, sondern erst Ende Juni reagiert, als die Bilder der schäbigen Shanghai-Büros auftauchten? – Wären diese Bilder nicht aufgetaucht, was würden Sie uns denn heute erzählen, Frau Dreyer?

(Beifall der CDU und der AfD)

Deshalb kann man doch nur eines festhalten: Es geht gar nicht primär um die Marge, die nicht bezahlt wurde. Es geht um die Garage, aus der Sie irrtümlich eine Marge erwartet haben,

(Beifall bei der CDU)

und diese Garage sieht nicht aus, als könnte sie einen Flughafen erfolgreich betreiben.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Wie kann man auch davon reden, man hätte rechtzeitig die Reißleine gezogen, wenn die Verträge schon längst unterschrieben waren, wenn der Ball also nicht mehr im eigenen Spielfeld liegt, sondern der Verkauf nur noch der Zustimmung, der einfachen Mehrheit des Parlamentes bedarf? Sie hatten die Reißleine doch längst nicht mehr in der Hand, Frau Dreyer, und jetzt hört man von Ihnen, dass man auch wieder auf die beiden unterlegenen Bieter zugehen wolle – Bieter, wohlgemerkt, die nach Aussagen von KPMG vor einem Monat im Ausschuss kein tragfähiges Konzept vorlegen konnten.

Ich zitiere aus diesem Ausschussprotokoll:

„Die beiden anderen Bieter taten sich schwer, auf Rückfragen zum Konzept zu reagieren. Wir hatten, wie wir es bei unserem jetzigen Käufer auch gemacht haben, Nachfragen zu einzelnen Annahmen gestellt, (...) Sie konnten uns keine detaillierten Vertragsanmerkungen überreichen, sodass wir im Ergebnis mit dem jetzt obsiegenden Bieter am schnellsten zu einem zuschlagsfähigen Gesamtpaket gekommen sind.“

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Herzlichen
Glückwunsch!)

Gestern also noch unbrauchbare Gebote, heute wieder, nach Ihrer Aussage, im Rennen. Und auch hier scheinen sich die Begründungen der jeweiligen Situation anzupassen, Frau Dreyer. Mehr noch, es kann nicht schnell genug gehen. Frisches Geld ist wohl notwendig; denn heute früh ist im Radio zu hören, dass Grundstücke am Hahn bereits an einen anderen verkauft worden sind. Aus dem Radio erfährt das Parlament davon.

Welches Stück führen Sie hier eigentlich auf, Frau Dreyer? Malus maximale Intransparenz und warum Abgeordnete nur Statisten sind? Heißt so Ihr Stück in diesem Haus?

(Beifall der CDU und der AfD)

Frau Ministerpräsidentin, nach Ihrem China-Desaster hätte es der Anstand geboten, gestern die Fraktionsvorsitzenden zu informieren. Nichts ist geschehen. Ihre Glaubwürdigkeit und Ihr selbstgesteckter Anspruch werden immer unglaubwürdiger. Wie sollen wir Ihren Zusagen jemals noch vertrauen können, Frau Dreyer? So etwas schafft Misstrauen. Kann man sich auf diese Regierung überhaupt noch verlassen, liebe Kolleginnen und Kollegen?

Sie sagen, es sei ja noch nichts passiert, dem Land sei ja noch kein Schaden entstanden. Doch, das ist es. Frau Dreyer, durch das Gebaren Ihrer Landesregierung hat unser Land bereits jetzt einen riesigen Imageschaden deutschlandweit erlitten.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Schlagzeilen aus der Bundespresse: „Täglich grüßt die Luftnummer“, „Pleite für Ministerpräsidentin Dreyer“, „Geschichten aus dem Gruselkabinett“.

Die Tageszeitung DIE WELT hat es auf den Punkt gebracht.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Ja, auch die Allgemeine Zeitung gehört zur Bundespresse. Sie wird zum Beispiel im Pressespiegel der CDU Deutschlands zitiert, und deshalb sage ich: Wir sind stolz auch auf unsere Bundespresse hier in der Landeshauptstadt, Herr Dr. Braun.

(Beifall der CDU –
Zurufe von der SPD: Oh, ui!)

Die Tageszeitung DIE WELT hat es auf den Punkt gebracht. Ich zitiere:

„Der Regierungschefin und dem Innenminister im Rügen- und Rebenland gelang der Coup, ein und denselben hochnotpeinlichen Fehler nicht nur zu machen und zu wiederholen; Dreyer und Lewentz hauen sogar noch ein drittes Mal in dieselbe Kerbe und blamieren sich erneut bis auf die Knochen.“

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Air France Cargo, ein großes Cargo-Unternehmen mit jährlich 30.000 oder 40.000 Tonnen Frachtgut, hat ihren Vertrag am Flughafen gekündigt. Solche Schlagzeilen schrecken seriöse Investoren ab. Wie wollen wir Unternehmen ermutigen, am Hahn und in Rheinland-Pfalz zu investieren, wenn zu befürchten ist, dass die Landesregierung Geschäftsbeziehungen mit einer Pappkarton-Firma eingeht und einem dahinter stehenden Investor, dessen Geschäftsadresse bei einer Reifenfirma angesiedelt ist und den in seiner Heimat keiner kennt?

Ich will es noch einmal klarstellen, weil nachher die Kollegen der Regierungskoalition an die Reihe kommen. Wir wissen ja, was gesagt wird: Wir würden den Hahn schlechtere reden, wir würden die Region schlechtere reden. Der Minister fordert uns quasi durch ein Zitat auf, es hilft jetzt nichts, die Regierung zu beschimpfen, wir müssen nach vorne

schauen. – Nein, wir müssen immer Ursache und Wirkung auseinanderhalten.

(Beifall der CDU und der AfD)

Frau Dreyer, von dem seriösen Erfolg des Verkaufs hängt der Erfolg und die Zukunft vieler anderer Unternehmen und auch Mitarbeiter am Hahn ab. Es geht um deren Schicksal, und es geht nicht primär um das Schicksal der Landesregierung.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Neben diesem Imageschaden ist auch jetzt schon ein konkreter materieller Schaden entstanden. Anders als derzeit von Ihnen behauptet, hat man gerade nicht rechtzeitig die Reißleine gezogen. Wir wissen, 160 Millionen Euro Steuergelder sind hineingeflossen, ohne konkretes Konzept. Ihr Konzept war, über die Wahl zu kommen, sich Zeit zu kaufen.

Was kassiert eigentlich Ihre Beratungsfirma, Frau Dreyer? Wer kommt für die Notarkosten auf? Wie hoch sind die Kosten für die Rechtsberatung des Landes, und wer zahlt sie?

Übrigens: Welche Kosten kommen noch auf uns, auf den Steuerzahler zu für die Rückabwicklung der Verträge, die Sie bereits abgeschlossen haben?

Schäden sind für Firmen in der Region entstanden. Viele Unternehmen haben im Hunsrück eigenes Geld investiert im Vertrauen darauf, dass es tragfähige Geschäftsmodelle am Hahn geben wird. Sie haben darauf vertraut, dass die Landesregierung auch zum Wohl der Region und nicht nur zum eigenen Wohl handelt. In einer strukturschwachen Region sind Tausende von Arbeitsplätzen gefährdet.

Was fällt der Ministerpräsidentin im RPR-Interview dazu ein? – Ich zitiere: Anfangs ist doch alles ganz gut gelaufen, sagte sie.

(Heiterkeit bei CDU und AfD)

Ist das Ihre Antwort auf die Fragen der Beschäftigten, die um ihren Arbeitsplatz bangen?

Sie haben Ihr Wort gegeben, es besser zu machen als Ihr politischer Ziehvater Kurt Beck, Frau Dreyer. Das haben Sie in einer Regierungserklärung 2014 gesagt.

Frau Dreyer, was mich und uns in diesem Parlament, zumindest die Fraktion der Christdemokraten, umtreibt, ist, dass neben dem Vernichten von öffentlichem Geld und Gefährden von Arbeitsplätzen am Hahn das Vertrauen in politisches Handeln insgesamt erschüttert wird.

(Beifall der CDU und bei der AfD –
Abg. Hedi Thelen, CDU: So ist es!)

Was auf dem Hahn passiert, ist der Tiefpunkt politischen Handelns in diesem Land. Es untergräbt das Vertrauen in staatliches Handeln und macht es denen leicht, die mit einfachen Überschriften die Bürger gegen staatliche Institutionen gewinnen wollen. Das ist Ihre Verantwortung, Frau Dreyer.

(Beifall der CDU und des Abg. Heribert
Friedmann, AfD)

Es geht um Vertrauen, das dem Staat erst durch schlechtes Management und dann durch die Versuche, sich aus der politischen Verantwortung zu stehlen, abhanden kommt.

Die F.A.Z. schrieb, Herr Wang habe gesagt – Zitat –: Die Ministerpräsidentin und ihr Mitarbeiter seien unglaublich nett zu ihm gewesen, was ihn davon abgehalten habe, vom Verkaufsprozess zurückzutreten. – Frau Dreyer wiederum schiebt schnell hinterher, sie kenne den Käufer, den sie selbst als seriös einstufte, gar nicht. Der von ihr als seriös eingestufte Käufer soll also die Unwahrheit gesagt haben. Sogar eine schriftliche Erklärung ließ die Staatskanzlei dazu verbreiten.

Die Rhein-Zeitung – auch eine regionale, aber auch Bundespresse, Herr Dr. Braun – hat es gut zusammengefasst. Ich zitiere: Wird Malu Dreyer nicht müde zu betonen, dass sie bislang keinen Kontakt zu den umstrittenen Hahn-Käufern gehabt habe? – Ist das jetzt eine entlastende Nachricht für sie? Soll man das gut finden, oder ist es angesichts der traurigen Geschichte landeseigener Verkäufe nicht ein Armutszeugnis, dass die Ministerpräsidentin bislang keinen der Chinesen kennt, denen das Land die Geschicke Tausender Menschen im Hunsrück anvertrauen will?

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Frau Dreyer, deshalb fragen wir uns: Kann man Ihnen noch vertrauen? Aus Ihren Reihen hieß es wiederholt, es habe zu diesem Verkäufer keine Alternative gegeben. Das EU-Recht habe zwingend vorgeschrieben, ihn auszuwählen. Wir werden das sicherlich gleich auch wieder hören.

Frau Ministerpräsidentin, ich kenne kein EU-Recht, das vorschreibt, mit Betrügern Verträge abzuschließen.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Es wäre aber eine Alternative gewesen, sich vor die Öffentlichkeit zu stellen und zu sagen: Es tut uns leid, aber wir haben keinen seriösen Käufer gefunden. Jetzt lasst uns gemeinsam überlegen, wie wir mit dieser Situation am Hahn umgehen und etwas Gutes daraus machen.

Frau Dreyer, das haben Sie nicht getan, es war – wie gesagt – kurz vor der Wahl.

Frau Ministerpräsidentin, Sie haben in Ihrer Regierungserklärung hohe Maßstäbe an Ihre Politik formuliert. Ich zitiere: „Transparenz und Offenheit des Verwaltungshandelns sind Leitlinien unserer Politik.“

(Zurufe von der CDU: Boh!)

Sie sprachen von maximaler Transparenz.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU:
Donnerwetter!)

Sie selbst definierten Ihren Politikstil über Ihre persönliche Glaubwürdigkeit. Am 1. Juni haben Sie das gesagt. Am 2.

Juni waren Sie beim Notar, die Kaufverträge unterzeichnen. Kein Wort dazu in Ihrer großen Transparenzregierungs-klärung am Vortag.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU –
Abg. Hedi Thelen, CDU: Das ist
Veräppelung!)

In Ihrer Regierungserklärung konnte es nicht groß genug sein. Da haben Sie Willi Brandt bemüht: „(...) mehr Demokratie wagen (...)“.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Der würde
sich im Grab umdrehen!)

Was ist davon geblieben vier Wochen danach? Werden Sie Ihren eigenen Maßstäben gerecht? Es geht nicht um Wohlfühlreden, sondern um Taten, die nachhaltig sind.

(Beifall bei der CDU)

Ist es maximale Transparenz, ein Gesetz vorzulegen, das an vielen Stellen auf geheime Unterlagen verweist, die die Öffentlichkeit nicht zu Gesicht bekommt? Ist es maximale Transparenz, wenn die Öffentlichkeit erst nach erdrückenden Medienberichten darüber informiert wird, dass der Käufer schon seit geraumer Zeit keine Teilzahlung geleistet hat? Ist es maximale Transparenz, wenn die Landesregierung einem Beratungsunternehmen die Schuld zuschiebt und noch nicht einmal offenlegt, was das Beratungsunternehmen tun sollte? Ist es maximale Transparenz, wenn die Landesregierung keine Nachfragen der Medien bei einer Pressekonferenz zulässt und vorsorglich ankündigt, den Rest der Woche gar nichts mehr sagen zu wollen, Herr Lewentz?

In der Sonderauschusssitzung zum Hahn hatten wir eine ganze Reihe von Unterlagen und Informationen anfordern müssen. Erst am Dienstagnachmittag, anderthalb Tage vor dieser Debatte, erhielten wir diese Unterlagen, und Herr Lewentz ließ uns wissen, das seien nur nicht öffentliche Unterlagen. Das heißt, wir dürfen über das, was Sie uns geschickt haben, gar nicht reden. Das, was ich weiß, darf ich hier in dieser Debatte zur Argumentation nicht einbringen, und Sie können einfach etwas behaupten, ohne dass wir die Öffentlichkeit und die Presse aufklären können. Frau Dreyer, das ist keine maximale Transparenz.

(Beifall der CDU und bei der AfD –
Abg. Christian Baldauf, CDU: Das ist wohl
wahr!)

Frau Dreyer, es drängt sich der Eindruck auf, dass Sie nicht nur uns gegenüber ein Schauspiel inszeniert haben, sondern auch Ihrem neuen Koalitionspartner gegenüber.

(Zuruf der Abg. Christine Schneider, CDU)

Haben Sie der FDP alle Informationen zum Hahn-Verkauf zugänglich gemacht? Im Gegenteil, Herr Schweitzer hat die FDP sogar in Mithaftung genommen, indem er sagte, der Weg zum Verkauf sei mit allen Koalitionspartnern aufs Engste abgestimmt worden.

(Abg. Martin Brandl, CDU: Stimmt das?)

Nicht alle SPD-Umarmungen sind wirklich herzlich gemeint.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und
vereinzelt bei der AfD)

Frau Dreyer, was denken Sie, wenn Sie heute in die Gesichter der Kollegen Schweitzer, Braun und Roth schauen? Haben Sie sie nicht vor zwei Wochen noch im Landtag vorgeschickt, um den von Ihnen ausgewählten Käufer zu verteidigen?

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN: Das können wir schon
selbst!)

– Ja, das kann man auch selbst, insofern tragen Sie auch eine entsprechend große Verantwortung.

Was ist seitdem alles passiert? Herr Schweitzer hat hier vor zwei Wochen mit sehr großem Pathos behauptet – der ehemalige Staatssekretär, der sich mit Großprojekten und -verkäufen auskennt –, es gebe keine Alternative zu dem Weg dieses Käufers, Herr Roth forderte von uns Mut, sprach Ihnen einen Vertrauensvorschuss aus.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Frau Dreyer, Herr Roth war bis vor wenigen Wochen als Unternehmensberater tätig. Ich habe es vorhin schon gesagt, jedem, der auch nur eine Stunde die Verträge gelesen hat, wird klar, dass es hier um eine Luftnummer geht. Was wird sich der Unternehmensberater Roth gedacht haben, nachdem er inzwischen die Verträge eingesehen hat?

Frau Dreyer, was haben Sie den Koalitionsfraktionen zugemutet, als Sie vor zwei Wochen blinde Gefolgschaft von ihnen verlangten?

(Beifall der CDU)

Frau Ministerpräsidentin, Sie tragen die Verantwortung für dieses Desaster. Sie hatten den Hahn zur Chefsache gemacht. Sie hatten selbst unmittelbar nach Ihrer Wahl zur Ministerpräsidentin eine Task Force in der Staatskanzlei eingerichtet. Sie sind ausgebildete Juristin. Sie haben das Debakel am Nürburgring selbst miterlebt, und Sie sagten, Sie hätten die Konsequenzen gezogen.

Ich möchte aus einer sehr denkwürdigen Regierungserklärung aus dem Jahr 2014 zitieren, was Sie gesagt haben: „Der Ausbau des Nürburgrings war ein Fehler. – Solche Fehler wird es unter meiner Führung nicht mehr geben.“

(Zuruf von der CDU: Ha!)

Jetzt haben Sie die gleichen Fehler zum dritten Mal gemacht. Auch bei Robertino Wild, dem angeblich finanzstarken Investor für den Nürburgring, mit dem Sie ein Foto gemacht haben, haben Sie die Öffentlichkeit getäuscht.

Der Landesrechnungshof hatten Ihnen bereits dargelegt, welche Kriterien bei der Auswahl eine Rolle spielen, aber Sie sind über alle rote Ampeln gefahren. Sie haben die Latte für Ihre Glaubwürdigkeit sehr hoch gelegt. Sie haben 2014 gesagt, solche Fehler wird es mit mir als Minister-

präsidentin nicht mehr geben. Ich kann Ihnen versichern, dass ich mich als Ministerpräsidentin davon leiten lassen würde.

Sie haben eine Koppelung mit Ihrer Glaubwürdigkeit vorgenommen. Was ist davon geblieben? Wer die moralische Latte für das eigene Handeln so hoch legt, der muss sich daran messen lassen, Frau Ministerpräsidentin.

Wir haben nach Bekanntwerden der Vorwürfe bewusst nicht Ihren Rücktritt gefordert, weil wir erwartet haben, dass Sie in der Zwischenzeit einiges erklären. Doch Sie haben geschwiegen. Sie haben die Hoffnungen von Menschen einer ganzen Region enttäuscht, die sich auf Sie und die Glaubwürdigkeit Ihrer Worte verlassen haben.

(Glocke des Präsidenten)

Ob es einen Untersuchungsausschuss gibt, lassen wir offen. Wir werden alle Akten beantragen, die dann erst einmal vorliegen müssen. Eines aber kann ich heute schon sagen: Wir haben kein Vertrauen mehr in Sie und Ihr Regierungshandeln. Wir sprechen Ihnen unser Misstrauen aus und werden das mit einem entsprechenden Antrag dokumentieren, Frau Dreyer. Das sind wir den Bürgern und dem Steuerzahler schuldig.

(Anhaltend starker Beifall bei der CDU und
Beifall bei der AfD –
Glocke des Präsidenten)

Präsident Hendrik Hering:

Für die SPD-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Herr Abgeordneter Alexander Schweitzer das Wort.

(Abg. Matthias Joa, AfD: Alles gut! –
Zuruf von der CDU: Wir schaffen das!)

Abg. Alexander Schweitzer, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen des Landtags! Wir diskutieren hier und heute erneut im Kern über die Veräußerung der Anteile des Landes am Flughafen Hahn, der FFHG, an einen privaten Dritten, erneut, weil uns die aktuellen Entwicklungen gezwungen haben, den vorgesehenen Ablauf zu unterbrechen.

Meine Damen und Herren, es ist nur richtig, dass der Innenminister, der heute geredet hat, in der vergangenen Woche das Parlament, die Fraktionsvorsitzenden, gebeten hat, den Gesetzgebungsprozess anzuhalten.

Meine Damen und Herren, liebe Frau Klöckner, Sie haben vorhin zum Ende Ihrer Rede, als Höhepunkt Ihrer Rede davon gesprochen, dass Sie auf Grundlage der Analyse, die Sie mit den Begriffen „Betrug“ und „Täuschung“, „Betrug“ in den vergangenen Tagen und „Täuschung“ heute, belegt haben, der Ministerpräsidentin und damit der Landesregierung das Misstrauen aussprechen. Meine Damen und Herren, liebe Frau Klöckner, das weise ich mit aller Klarheit zurück. Diese Koalition steht hinter der Ministerpräsidentin, hinter der Regierung insgesamt. Meine Damen und Herren, wir erwarten Ihren Antrag und werden mit ihm in aller

Deutlichkeit im Sinne des Votums der Wählerinnen und Wähler des Landes Rheinland-Pfalz umgehen.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Martin Brandl, CDU: Egal, was
passiert und was man absichtlich getan
hat!)

Meine Damen und Herren, ich möchte mich mit dem Begriff des Betrugs, den Sie in den vergangenen Tagen in den Mund genommen haben und der heute wieder eine Rolle in Ihrer Rede gespielt hat, beschäftigen, Frau Klöckner. Wir alle wissen – ich denke, das kann niemand bestreiten –, ein solcher Veräußerungsprozess dauert lange, ist schwierig und hochkomplex. Wir stehen ferner vor der Erkenntnis, nicht nur heute, dass ein solcher Prozess nicht von einem Akteur allein – in diesem Fall das Innenministerium – gestaltet werden kann.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Das ist wohl
richtig!)

Deshalb ist Ihr Vorwurf – ich zitiere Sie aus Ihrer Rede von vorhin –: „Alleine diese zeitlichen Abläufe machen stutzig.“, „Ihr Konzept“ – gerichtet an die Landesregierung – „war über die Wahl zu kommen, (...)“ in einem hohen Maße konstruiert.

(Abg. Alexander Licht, CDU: So war es,
Herr Kollege! –
Abg. Martin Brandl, CDU: Von Anfang an!)

Meine Damen und Herren, weil gerade Sie es in den vergangenen Tagen nicht versäumt haben, immer wieder darauf hinzuweisen, dass man entlang des ganzen Prozesses, der Jahre zurückliegend begonnen hat, noch intensiver und damit noch langwieriger hätte prüfen, aber gleichzeitig – das steht dann logischerweise auf der anderen Seite – auf jeden Fall vor dem 13. März dieses Jahres zum Ende kommen müssen,

(Zuruf der Abg. Christine Schneider, CDU)

muss ich Ihnen ganz klar sagen, das ist ein logischer Bruch, meine Damen und Herren. Darum bleibe ich ganz klar bei der Analyse:

Dieser Vorwurf, einer der schlimmsten Vorwürfe, den sich Demokratinnen und Demokraten machen können, ist konstruiert, und ich weise ihn in aller Form zurück.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Alexander Licht, CDU: Sie wissen wie
ich, dass man 2015 das hätte schon
entscheiden können! –
Zuruf des Abg. Martin Brandl, CDU)

Frau Klöckner, Sie haben in dieser Rede im Zusammenhang mit Ihrer Analyse des Gesetzgebungsprozesses formuliert und der Regierung vorgeschlagen, vorgeworfen, sie hätte das Ersticken von Fragen zum Ziele gehabt, als es um diesen Gesetzgebungsprozess ging.

Ich möchte Ihnen eine logische Begründung dafür geben, dass wir genau in einem Gesetzgebungsprozess befind-

lich sind, weil aus Sicht des Parlamentes – und gerade in diesen Tagen spüren wir doch, dass diese Beteiligungsmöglichkeiten des Parlamentes weidlich genutzt werden – ein solcher Gesetzgebungsprozess Möglichkeiten gibt, die ein anderes Verfahren, wie es es womöglich hätte auch – juristisch müsste man das beleuchten –

(Zuruf des Abg. Martin Brandl, CDU)

geben können, nicht bietet, nämlich dass eine Regierung handelt und dann in den zuständigen Haushalts- und Finanzausschuss in eine öffentliche Sitzung, in eine nicht öffentliche Sitzung geht. Das einem Gesetzgebungsprozess gegenübergestellt, dann ist doch völlig klar, dass man im Zuge der Behandlung eines solchen Gesetzes in den Ausschüssen, in den Fraktionen, hier im Plenum des Parlamentes, weitaus mehr Möglichkeiten hat, informiert zu werden, zu kommunizieren und die Dinge auch öffentlich zu beleuchten.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Dann müssen Sie alles öffentlich machen! –

Abg. Alexander Licht, CDU: Wenn Sie das ernst meinen, dann handeln Sie auch danach!)

Meine Damen und Herren, gerade Sie als Opposition müssen das doch anerkennen.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Wenn Sie das ernst meinen, dann handeln Sie auch danach!)

Ich will an dieser Stelle gar nicht mit Ihnen streiten.

Ich möchte Sie einfach nur darauf hinweisen, dass wir auch mit Blick auf die Rechte des Parlamentes vorsichtig sein sollten, einen solchen Gesetzgebungsprozess per se abzulehnen und zu diskreditieren.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Das tut doch keiner!)

Meine Damen und Herren, deshalb möchte ich gerne Herrn Abgeordneten Weiland zitieren. Er hat am 23. Juni in der gemeinsamen Ausschusssitzung zu Protokoll gegeben: „Die Landesregierung habe sich entschlossen, die Veräußerung von Landeseigentum in Form eines Gesetzgebungsverfahrens durchzuführen. Dies sei zunächst einmal zu begrüßen,

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Zunächst!)

da ein solches Verfahren das transparenteste Verfahren sei, das in einem solchen Zusammenhang gewählt werden könne.“

Meine Damen und Herren, ich lege Ihnen das Zitat von Ihnen, lieber Herr Dr. Weiland, einfach noch einmal ans Herz, weil es nun wirklich in eklatantem Widerspruch zu harten Vorwürfen steht,

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Das ist ein Witz! –

Zurufe von der CDU: Nein!)

die Sie heute der Landesregierung gemacht haben.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, worum geht es eigentlich bei diesem Prozess? Der Flughafen Frankfurt-Hahn ist doch unbestritten eines der wichtigsten Infrastruktur- und Konversionsprojekte des Landes. Es ging uns immer um die Beschäftigten, die Unternehmen und damit auch um die wirtschaftliche Kraft in dieser Region. Das war der Ausgangspunkt und die Leitlinie aller Überlegungen und Handlungen.

Wie Sie alle wissen, ist der Flughafen Hahn ein besonderes, aber eben auch ein Projekt unter manchen, die wir in Rheinland-Pfalz im Bereich der Konversion kennengelernt haben.

Die Konversion im Generellen hat bisher viele Regierungen in Deutschland vor große Herausforderungen gestellt, und nicht nur heute wissen wir, die Landesregierung von Rheinland-Pfalz, auch die Landesregierungen mindestens seit den 90er-Jahren waren vor den größten Herausforderungen gestanden.

(Zuruf aus dem Hause: Alte Kamellen sind das!)

Die SPD in Rheinland-Pfalz hat sich in ihrer gesamten Regierungszeit Jahr für Jahr aufs Neue entlang dieser besonderen Herausforderung der Konversion engagiert.

Schaut man auf die Konversionspolitik des Landes, so sieht man, dass vom Hahn, aber auch von vielen anderen Projekten, die wir alle jetzt im Kopf haben, die Impulse für die gesamte Region ausgehen und wir im Bereich der Konversion immer dann erfolgreich waren, wenn wir es geschafft haben, mit den Akteuren vor Ort, auch mit den kommunal Verantwortlichen und damit auch mit den Vertreterinnen und Vertretern nicht nur der Sozialdemokratie, sondern auch der anderen Parteien, auch der CDU, in einen Konsens gekommen sind.

(Abg. Martin Brandl, CDU: Hört sich alles an wie beim Beck!)

Meine Damen und Herren, dass die Konversionsgeschichte eine erfolgreiche Geschichte ist, sehen Sie an den Arbeitsmarktzahlen des Landes Rheinland-Pfalz. Ich sage das auch in einer schwierigen Debatte, weil wir nicht vergessen dürfen, in welchem politischen Umfeld wir eine solche Frage des Flughafens Hahn diskutieren.

(Zuruf von der CDU: Ablenkung!)

Es geht um Perspektiven für die Menschen, die vom Erfolg oder vom Misserfolg des Flughafens unmittelbar betroffen sind.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Umso mehr muss man sich den Gesellschafter anschauen!)

Wir wissen um unsere besondere Verantwortung für die Menschen und das Land.

(Heiterkeit bei der Abg. Christine Schneider, CDU)

Wir wissen, dass die Landesregierung gefordert ist, für den Hahn zu kämpfen. Auch wir Parlamentarier können selbstbewusst sagen, auch wir haben viel für den Flughafen Hahn getan.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Ja!)

Ich denke an die Entschuldung der Gesellschaft, die wir in 2014 mehrheitlich, nicht mit allen Stimmen, aber mehrheitlich in diesem Parlament geschultert haben. Die Flughafengesellschaft konnte damit von Investitions- und Konversionslasten aus der Vergangenheit befreit werden. Wir wissen auch, dass 2013 eine damals durchgeführte Markterkundung ergeben hat, dass diese Maßnahmen, nämlich die Entschuldung, hier im Parlament diskutiert und entschieden, überhaupt erst die Voraussetzungen für den Weg der Privatisierung, den wir heute beleuchten, geschaffen hat.

Das entsprechende Verfahren zur Veräußerung der Geschäftsanteile des Landes wurde im März 2015 in Abstimmung mit der Europäischen Kommission eingeleitet. Die Europäische Kommission verlangt ein transparentes, offenes und bedingungsloses Verfahren. Die EU-Kommission hat mit ihren Luftverkehrsleitlinien von 2014 uns in Rheinland-Pfalz und ganz Europa den Akteuren die Richtung vorgegeben, nämlich die Richtung, die wir für den Flughafen Hahn – das sage ich auch, gemeinsam; ich sehe hier keinen Widerspruch, was die Grundannahme zwischen CDU und SPD angeht – vorgegeben haben, dass eine Privatisierung des Regionalflughafens Hahn gelingen muss.

Wir wissen, dass die EU-Kommission mit ihren Richtlinien die öffentliche Finanzierung der Regionalflughäfen massiv eingeschränkt hat. Die Landesregierung musste also tätig werden. Die Antwort der Landesregierung war der Weg der Privatisierung.

Meine Damen und Herren, dieser Flughafen gehört nun aufgrund dieser Richtlinien, aufgrund der klaren Vorgaben durch die Europäische Union zu den ersten Regionalflughäfen in Deutschland, die von der öffentlichen Hand in eine private Zukunft geführt werden sollen. Dieser Privatisierungsprozess hatte und hat nach wie vor zum Ziel, die Zukunft des Flughafens unter einem privaten Eigentümer neu und erfolgreich für die Region und die Menschen zu gestalten.

Ich bin froh, dass die Landesregierung die Chance ihrer Verantwortung gegenüber dem Hunsrück und den Beschäftigten rund um den Hahn insofern auch klar nutzt.

Das Innenministerium – Herr Innenminister Lewentz hat das ausgeführt – hat gemeinsam mit dem Wirtschaftsprüfungsunternehmen KPMG das Ausschreibungsverfahren auf den Weg gebracht. Das ist keine politisch exklusive Position, die ich schildere, was die Frage der Privatisierung angeht. Gerade in diesen Tagen hat eine Zeitung aus Rheinland-Pfalz, die womöglich auch zur Bundespresse gehört, die Rhein-Zeitung, am 4. Juli deutlich geschrieben, der Flughafen Hahn – ich zitiere – muss privatisiert werden, anders ist er nicht lebensfähig. Zitat Ende.

Meine Damen und Herren, in diesen Kontext stelle ich

auch meine Aussage, die ich von diesem Pult aus getätigt habe, dass es keine Alternative zur Privatisierung gibt.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Das wollte der Herr Barandun auch! – Zuruf von der AfD)

Meine Damen und Herren, die finanzielle Situation der FFHG ist uns allen bekannt. Wir kennen auch die Vorgaben der EU-Kommission. Das ist der Handlungsrahmen. Damit mussten und müssen wir umgehen. Am Ende dieses notwendigen Privatisierungsverfahrens standen drei Angebote. Wir haben gehört, dass die Akteure, die Landesregierung gemeinsam mit KPMG, gezwungen waren, allein dem Bieter mit dem höchsten Angebot, SYT, eine Präferenz zu erteilen.

Ich will, weil aus derselben Sitzung der Ausschüsse zitiert wurde, auch gerne aus dieser Sitzung zitieren, aus dem Sitzungsprotokoll. Herr Dr. Wagner von der KPMG, der freundlicherweise anwesend war und Auskunft gegeben hat, hat es in dieser Ausschusssitzung am 9. Juni 2016 wie folgt ausgedrückt – ich zitiere –: „Im Übrigen war der Kaufpreis – das sagte ich eingangs – von dem Vertragspartner hier deutlich höher als der Kaufpreis der anderen, sodass nach dem uns einzig vorgegebenen Wertungskriterium ohnehin das der zu präferierende Bieter gewesen wäre.“

Meine Damen und Herren, das ist doch deutlich.

(Abg. Martin Brandl, CDU: Sie konnten nicht anders!)

In diesem Sinne der Präferenz wurde der weitere Veräußerungsprozess vorangetrieben.

(Abg. Martin Brandl, CDU: Welch billige Ausrede!)

Meine Damen und Herren, wir sind nun fürwahr in einer schwierigen Phase der Neubewertung, insbesondere nach den Ereignissen der vergangenen Tage und dem, was wir heute gehört haben.

(Abg. Martin Brandl, CDU: Sie hätten es wissen müssen!)

Ich wiederhole, was ich in der Sitzung des Landtags am 23. Juni gesagt habe.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Es gibt keine Alternative! –

Abg. Christian Baldauf, CDU: Es gibt keine Alternative zu dieser Gesellschaft hier!)

Das sind Fragen, die wir uns alle stellen.

Meine Damen und Herren, das habe ich gesagt, und es stimmt weiter.

Meine Damen und Herren, ja, ich hätte mir gewünscht, dass das nicht die Antworten sind, die wir zur Kenntnis nehmen müssen. Aber eines ist klar und auch nicht von der Hand zu weisen, wir brauchen jetzt einen Weg an der Seite der Region für die Menschen und für die gesamte Region.

(Beifall bei der SPD, vereinzelt bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte gerne einen Zeugen aus der Region aufrufen, der wahrscheinlich wie nur wenig andere glaubhaft für die Interessen dieses Flughafens aus der Region steht. Ich möchte gerne den Personalratsvorsitzenden am Hahn, Thomas Dillmann, zitieren. Er hat uns ins Stammbuch geschrieben, und er wird in der Rhein-Zeitung vom 6. Juli wie folgt zitiert – Zitat –: Aber ich wünsche mir mehr konstruktive Zusammenarbeit in Mainz.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das Zitat geht noch weiter.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Guter Mann!)

– Herr Licht, ich glaube, Sie erinnern sich an das Zitat, es geht nämlich weiter.

Und ich warte immer noch auf ein tragfähiges Konzept seitens der CDU.– Zitat Ende.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Ich kenne den Herrn Dillmann!)

Meine Damen und Herren, ich weiß, dass diese Erwartung, die Herr Dillmann äußert und zum Ausdruck bringt, viele Menschen in der Region an uns alle richten.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Dann legen Sie uns einmal alles vor, was Sie haben! Alles!)

Meine Damen und Herren, ich sage ganz deutlich, es sind Fehler gemacht worden.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Ah!)

Diesen Stand der Dinge, den wir heute sehen, und auch diese Verunsicherung, die wir in der Verunsicherung spüren, das haben die Menschen und das hat die Region nicht verdient.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Aber die CDU!)

Meine Damen und Herren, was die Menschen aber tatsächlich verdient haben, das ist, dass wir nun von diesem Punkt aus – schwierig genug – alles unternehmen, was möglich und verantwortbar ist, um eine Zukunftsperspektive für den Flughafen und damit für die ganze Region im Sinne der Beschäftigten und der Menschen zu entwickeln.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –

Abg. Christian Baldauf, CDU: Das habt ihr aber verbockt!)

Erlauben Sie mir eine Bemerkung. Ich will Ihnen schon sagen, wir befinden uns heute in einer Sitzung des Landtags auf Antrag der CDU, und es wäre doch dann angemessen, dass Sie auch den Rednern außerhalb der CDU das Gehör schenken und mich nicht permanent unterbrechen.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zurufe von der CDU)

Ich sage das auch mit Blick auf die Kollegen, die nach mir reden dürfen.

Für die SPD-Fraktion kann ich sagen, diese Verantwortung, die ich formuliert habe, kann man nicht anonym in den Raum stellen, sondern sie muss persönlich wahrgenommen werden.

(Beifall der CDU –
Abg. Christian Baldauf, CDU: Ja, genau! –
Weitere Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion steht zu dieser politischen Verantwortung. Darum sage ich ganz deutlich, es ist für die SPD-Fraktion eindeutig, es kann keinen Vertragsabschluss mit dieser Gesellschaft SYT mehr geben, meine Damen und Herren.

(Zurufe von CDU und AfD –
Unruhe im Hause)

Der Innenminister hat heute angekündigt, dass er die Gespräche führen wird, dass die Gespräche geführt werden mit dem zweit- und drittbietenden Unternehmen. Wir alle im Parlament stehen vor der Aufgabe, auch diesen Prozess kritisch und konstruktiv zu begleiten.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Hendrik Hering:

Herr Abgeordneter Schweitzer, es gibt eine Zwischenfrage des Abgeordneten Brandl. Lassen Sie die zu?

Abg. Alexander Schweitzer, SPD:

Nein, ich möchte gern zum Schluss kommen.

Meine Damen und Herren, jeder an seiner Stelle, die Landesregierung in ihrer Verantwortung, die Fraktionen des Parlamentes in ihrer Verantwortung, auch die SPD-Fraktion. Weil diese Fragen in den vergangenen Tagen – Frau Klöckner, auch Sie haben sie gestellt – immer wieder ein Thema waren, ja, ich sage, vor dem Hintergrund der Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz und der Konversionsgeschichte in Rheinland-Pfalz, ist vor allem die SPD in Rheinland-Pfalz in der Verantwortung für diesen Flughafen Hahn, meine Damen und Herren. Da gibt es kein Vertun.

(Vizepräsident Hans-Josef Bracht
übernimmt den Vorsitz –
Abg. Michael Frisch, AfD: Das ist ja das Problem)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist zu diesem Zeitpunkt, an dem uns Informationen begegnet sind und entlang der Frage, wie es weitergeht und welche Perspektive wir für den Flughafen bekommen, ein klares Statement und klar auch verbunden mit der deutlichen Absicht für meine Fraktion und für die SPD-geführte Landesregierung: Wir wollen dieser Verantwortung gerecht werden, damit am Flughafen Hahn die Menschen diese Verunsicherung, die sie heute spüren, ablegen können und zuversichtlich in die Zukunft schauen können.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltend starker Beifall der SPD, der FDP
und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schweitzer. Sie haben für die SPD-Fraktion gesprochen. Bevor wir in der Reihenfolge der Wortmeldungen weitermachen können, gibt es Kurzinterventionen. Als erstes erteile ich dem Abgeordneten Dr. Weiland das Wort.

Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Kollege Schweitzer hat eben eine Äußerung von mir aus der Ausschusssitzung zitiert. Dazu kann ich nur sagen, ein halbes Zitat kann auch eine ganze Unwahrheit sein; denn ich habe unmittelbar an die von Ihnen zitierten Sätze die Frage gestellt, ob sich die Landesregierung sicher ist, ob sie den selbst formulierten Anspruch erfüllen kann, ein öffentliches Gesetz einzubringen, dessen zentrale Bestandteile der Öffentlichkeit nicht zugänglich sind.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Also
haben Sie es gesagt!)

Das ist der Zusammenhang, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Alexander Schweitzer, SPD)

Abgesehen davon, dass Sie den Gesetzgebungsprozess jetzt aus anderen Gründen gestoppt haben, warte ich immer noch auf die erbetene Stellungnahme zu dieser Frage durch das Justizministerium. Ich frage mich ohnehin, wo der Justizminister in diesen fragwürdigen Zeiten bleibt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Starker Beifall der CDU und vereinzelt bei
der AfD)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Weiland. – Herr Kollege Schweitzer, es gibt zwei weitere Kurzinterventionen auf Ihre Rede. Wollen Sie unmittelbar reagieren oder nachher gemeinsam?

(Zuruf von der SPD)

– Okay.

Dann rufe ich die Kurzintervention des Abgeordneten Alexander Licht auf. Bitte schön.

Abg. Alexander Licht, CDU:

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Ich will zu drei Stichworten etwas sagen.

Erstens: Die CDU hat nie alternative Vorschläge gemacht. Wir hatten, als es um den Nachtrag ging, einen alternativen Finanzierungsplan,

(Beifall bei der CDU)

der immer an ein Zukunftskonzept gekoppelt war, das Sie bis heute nie in sauberer Form vorgelegt haben. Wir haben einer Entschuldung zugestimmt, aber schrittweise gekoppelt an ein Zukunftskonzept. Das sind Sie immer schuldig geblieben.

(Beifall der CDU)

Ein zweiter Punkt: Wenn Sie hier immer wieder darstellen, dass es nur um das höchste Angebot geht, das höchste Angebot bemisst sich auch an dem Wert dieses Angebotes, an dem, was dieses Angebot an Wert ausdrückt.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Es muss
auskömmlich sein!)

Ich frage Sie ganz persönlich, Herr Kollege, das, was ich den Innenminister eben schon gefragt habe: Haben Sie den Businessplan der SYT gelesen?

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Kluge Frage! –
Zuruf von der SPD)

Ich habe deutlich gemacht, dass jeder, der so wie ich die Möglichkeit hatte, diese Unterlagen zu lesen, und der am Ende dann einem Verkaufsprozess zustimmt – das ist meine persönliche Meinung, gar nicht abgestimmt mit der Fraktion –, am andern Tag sein Mandat niederlegen müsste. So bin ich im Urteil.

(Beifall der CDU)

Ich sage ein Drittes: Wenn Sie Herrn Dillmann hier zitieren, ich kenne ihn. Ich kenne ihn sogar persönlich, nicht seit gestern, sondern seit langen Jahren. Ich schätze ihn sehr. Wenn er gesagt hat „Ich habe die Erwartung“ – ich zitiere jetzt Sie noch einmal – „an eine politische Gesamtverantwortung“, dann frage ich Sie: Warum haben Sie die bis heute in keinem Tag wahrgenommen? Warum bis heute nicht?

(Beifall der CDU)

In diese politische Gesamtverantwortung stellten Sie am Schluss auch die politische Eigenverantwortung, meine Damen und Herren. Wo ist diese Ihre Eigenverantwortung?

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Licht. Die dritte Kurzintervention ist zurückgezogen. Gibt es Bedarf für eine Reaktion? – Herr Abgeordneter Schweitzer, bitte schön.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Aber der
Businessplan ist noch geheim, den können
Sie jetzt nicht zitieren!)

Abg. Alexander Schweitzer, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist mir schon wichtig, darauf einzugehen. Zunächst einmal, lieber Herr Weiland, bin ich froh, dass wir uns darüber geeinigt haben,

dass Sie genau das gesagt haben, was ich zitiert habe, und jetzt versuchen wir, darüber zu interpretieren, ob das so gemeint war, wie Sie es gesagt haben.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Nein, nein! –
Abg. Christine Schneider, CDU: Sie haben
den entscheidenden Teil weggelassen!)

Ich sage Ihnen, mir ist und war wichtig, eines deutlich zu machen. Es gibt einen zentralen Vorwurf der Oppositionsführerin an die Regierung, einen Gesetzgebungsprozess einzuleiten, um damit Fragen zu erdrücken. Das habe ich in Widerspruch gestellt zu den Äußerungen von Herrn Weiland.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Das ist ja
peinlich! –
Weitere Zurufe von der CDU)

Ich gehe auf die zweite blaue Karte ein. Lieber Herr Licht, ich sage Ihnen eines. So, wie ich wiederholen kann, was ich zu den Fragen in der letzten Landtagssitzung gesagt habe, kann ich auch wiederholen, was ich zu den Fragen der Opposition gesagt habe. Ich habe deutlich gesagt, dass wir uns schon damals in einem Verfahrensstand befanden, in dem die Fragen, auch die Fragen der Opposition, natürlich nicht illegitim sind.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Und zwar bis
heute!)

Meine Damen und Herren, erkennen Sie das doch bitte an. Deshalb, lieber Herr Licht,

(Abg. Alexander Licht, CDU: Das war nicht
mein Vorwurf!)

finde ich es grenzwertig – ich sage es in aller Vorsicht –, wenn Sie – Sie haben dann Ihre Fraktion davon ausgenommen, aber Sie sitzen zumindest nach meinen Informationen nach wie vor als Abgeordneter der CDU in diesen Reihen – sich hier hinstellen und an die Adresse derer, die im freien Mandat hier sitzen, sagen: Wenn Sie zu einer Auffassung kommen, die ich als Alexander Licht nicht teile, dann frage ich mich, ob Sie Ihr Mandat nicht niederlegen sollen. – Lieber Herr Licht, so müssen wir nicht miteinander umgehen. Ich finde das an dieser Stelle grenzwertig. Das darf auch in einer solchen Debatte nicht vorkommen.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben das freie Mandat in Frage gestellt. Meine Damen und Herren, das geht nicht.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: So redet nur
jemand, der keine Verantwortung
übernimmt, dem das alles egal ist!)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schweitzer. Wir fahren in der Rednerliste fort. Als Nächster hat für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Junge das Wort. Bitte schön, Herr Junge.

Abg. Uwe Junge, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Viele von Ihnen haben am Eingang einen Glückskeks bekommen, ich auch. Bei meinem steht drauf: Auch eine Pause zum Ausruhen ist es jetzt wert, genommen zu werden. – Das kann mich nicht betreffen. Herr Lewentz, ich übergebe das einmal an Sie.

(Der Redner bringt Staatsminister Roger
Lewentz einen Glückskeks)

Meine Damen und Herren, ich werde es Ihnen nicht ersparen können, dass ich das eine oder andere, was Frau Klöckner bereits angesprochen hat, weil wir auch keine Koalition in der Opposition haben, dennoch in der Argumentation und in der Bewertung dessen, was man mittlerweile zum Hahn-Desaster sagen kann, natürlich wiederholen werde.

Ich habe mir zu dem, was Sie, Herr Schweitzer, gesagt haben, nichts aufschreiben können. Ich gehe auf Ihre Rede auch nicht ein, weil Sie im Grunde nichts anderes ist, als auch angesichts dieses Possenspiels Worthülsen und Durchhalteparolen darzustellen.

(Beifall der AfD)

Wenn wir uns heute erneut mit dem seit gestern eigentlich auf dem Tiefpunkt befindlichen Verkauf des Flughafens Hahn beschäftigen müssen, so tun wir das nicht nur, um einen nunmehr weitgehend bekannten schlechten Sachverhalt aufzuklären, sondern um massiven Schaden vom Land, der Region und seinen Bürgern abzuwenden. Um das ganze Ausmaß der dilettantischen Abwicklung, das eher an das auf Glaube, Hoffnung und Vertrauen basierende Geschäftsgebaren eines türkischen Basars erinnert, möchte ich einmal die Ereignisse in groben Zügen rekapitulieren.

Im Jahr 2014, also vor zwei Jahren, verabschiedete die Europäische Kommission neue Luftverkehrsleitlinien. Staatliche Subventionen für defizitäre Unternehmen, wie es der Flughafen Hahn seit jeher darstellt, wurden nur noch bis 2024 möglich. Damit war angesichts der Tatsache, dass somit ab 2017 nur noch 3 Millionen Euro pro Jahr fließen durften, klar, dass damit nicht einmal die jährlichen Defizite des Hahn gedeckt werden konnten. Es war schon zu diesem frühen Zeitpunkt offenkundig, dass an einem Verkauf im Grunde kein Weg mehr vorbeiging, ganz abgesehen davon, dass auch an diesem Fall deutlich wird – Sie kennen unsere Grundkritik –, wie massiv die Europäische Union in die Autonomie und Souveränität unseres Landes zum Schaden unserer Bürger eingreift. Da fragt man sich doch, warum man zwei Jahre verstreichen ließ, um jetzt – die beiden Herren mögen es mir verzeihen – zwei schlecht gekleidete Witzfiguren, die wie Dick und Doof daherkommen, als solvente Käufer zu präsentieren.

(Beifall der AfD)

Meine Damen und Herren der CDU, ich frage mich auch, warum die Opposition der letzten Legislaturperiode nicht darauf gedrängt hat, dieses wichtige Thema nicht noch vor der Landtagswahl auf die Tagesordnung zu setzen.

(Abg. Martin Brandl, CDU: Da hätten Sie mal den alten Präsidenten erleben müssen!)

– Da waren Sie nicht durchsetzungsstark genug.

Ich bin sicher, die Landesregierung hätte auch zu diesem Zeitpunkt außer Glaube, Hoffnung und Verwirrung nichts zu bieten gehabt, und die Ministerpräsidentin würde heute möglicherweise nicht Malu Dreyer heißen.

Die Landesregierung hat bewusst das Thema Hahn bis nach der Wahl verschleppt, um jetzt unter Zeitdruck auf Biegen und Brechen einen unseriösen Käufer zu präsentieren und sich dabei der noch ungeklärten Dienste eines chinaaffinen Edelsteinhändlers aus Idar-Oberstein zu bedienen, der KPMG für 600.000 Euro einen offensichtlich nur sehr begrenzten Prüfauftrag zu erteilen und nun das Gesetz eiligst noch vor der Sommerpause durch den Gesetzgebungsgang peitschen zu wollen.

Besonders verwerflich finde ich, dass Sie nicht nur den ganzen Landtag in Mithaftung nehmen wollen, sondern auch – das ist im Kernsinne unverzeihlich – die Menschen in der Region Hunsrück in unverantwortlicher Weise bereit waren, im Stich zu lassen.

Frau Ministerpräsidentin, ich zitiere Sie wörtlich – ich glaube, man darf es ruhig noch einmal wiederholen, auch wenn es Frau Klöckner schon getan hat –: „Ich kann nur sagen, dass ich mich vergewissert habe,“ – vergewissert habe – „dass diejenigen, die die Verkaufsverhandlungen geführt haben, alles an Sicherheiten eingeholt haben, was möglich ist.“

Damit haben Sie die Verantwortung übernommen und die Angelegenheit zur Chefsache gemacht. Noch vor der Plenarsitzung am 22. Juni 2016 titelt DIE WELT – ich zitiere –: „Niemand weiß, wer den Flughafen Frankfurt-Hahn gekauft hat“. Die Tagesschau meldet am 21. Juni 2016 zumindest einen ersten Hinweis: Phantom kauft Hahn. – Am selben Tag verkündet der SWR „Hausbesuch beim Hahn-Käufer“ und findet eine kleine Klitsche im 17. Stock ohne Hinweis auf die ominöse Shanghei Yiqian Trading Company vor.

Als unverfroren möchte ich dann Ihren Auftritt in diesem Hause bezeichnen, als Sie, Herr Lewentz, die SPD-Fraktion und KPMG vollmundig behaupten, alles im Griff zu haben. Besonders ist mir der arrogante Auftritt von Herrn Schweitzer in Erinnerung geblieben,

(Zuruf des Abg. Alexander Schweitzer,
SPD)

der in der ihm eigentümlichen Art alle berechtigten Fragen locker wegwischt und der Opposition mangelnden Durchblick bescheinigen wollte.

(Beifall der AfD –
Zuruf des Abg. Alexander Schweitzer,
SPD –
Zuruf der Abg. Julia Klöckner, CDU)

Am 29. Juni legt der SWR nach und findet bei einer erneuten Recherche unter der Adresse des Mehrheitsgesellschafters einen Reifenhändler und postuliert: Hahn-Käufer

wird immer dubioser. – Spätestens da, meine Damen und Herren, war doch die Luft raus aus dem schlaffen und profitlosen Reifen Hahn.

Am 4. Juli dann entsenden Sie endlich einen Erkundungstrupp nach China. Erkundungstruppführer war der verantwortliche Staatssekretär Randolph Stich, der nun Erkenntnisse gewinnen sollte, die eigentlich längst bekannt waren. Das ist ungefähr so – verzeihen Sie meinen Ausflug ins Militärische –, als ob Sie nach einer schlechten Lagebeurteilung und einem verlustreichen Gefecht einen Trupp entsenden, der nun die Aufgabe hat, die Verluste zu zählen.

(Beifall der AfD –
Heiterkeit bei der CDU)

Als militärischer Führer wären Sie nach dieser verantwortungslosen Fehlleistung, bei der Sie die Verluste bereits billigend in Kauf genommen hätten und haben, längst Ihres Kommandos enthoben worden, Herr Lewentz.

(Beifall der AfD –
Zurufe von CDU und AfD)

Frau Dreyer, es ist festzustellen, dass diejenigen, die die Verhandlungen geführt haben, eben keinesfalls alles an Sicherheiten eingeholt haben, was möglich war. Im Gegenteil, es wurden noch nicht einmal die Sicherheiten eingeholt, die erforderlich und notwendig gewesen wären, um eine derartige Transaktion auch nur ansatzweise erfolgreich durchführen zu können. Die einsame Reise des Herrn Stich und seine hilflosen Kommentare aus Shanghai sind der nachträgliche Beweis genau dafür.

Diese Landesregierung hat parteipolitisches Kalkül vor die ihr obliegende Sorgfaltspflicht gestellt und damit Beihilfen – ich sage Steuergelder – in Höhe von 75 Millionen Euro leichtfertig riskiert und, was noch viel schwerwiegender ist, mit den Arbeitsplätzen und Schicksalen von mindestens 2.500 Bürgern um den Wahlerfolg gezoxt.

(Beifall der AfD)

Meine Damen und Herren der Regierung, dieses Spiel mögen Sie vorübergehend gewonnen haben; Ihre Ehre und Ihre Glaubwürdigkeit haben Sie aber nach der Nürburgring-Schlappe nun erneut verloren.

(Beifall der AfD)

Wer aber glaubte, dass der Ertappte nun kleine Brötchen backen würde, sieht sich erneut getäuscht. Allem Anschein nach beabsichtigt diese politische Laienspielgruppe, auch dann noch ihr Verhalten nicht zu ändern und schon gar nicht den Mut zur Wahrheit aufzubringen.

(Beifall der AfD)

Wie sonst ist es zu erklären, dass Herr Lewentz in seiner Presseerklärung vom 29. Juni, in der er die erste Reißleine zog und den Stopp des Gesetzgebungsverfahrens anbot, nicht etwa die berechtigten Zweifel an der Seriosität der angeblichen Käufer anführt, sondern stattdessen das Fristversäumnis von nicht eingegangenen Teilzahlungen und Unterlagen vorschob. So etwas nennt man Zeitgewinn in

aussichtsloser Lage, meine Damen und Herren.

(Beifall der AfD)

Als dann auch noch zu hören war, dass der Käufer bereit sei, beim Kaufpreis noch etwas draufzulegen, da haben wir das Niveau des türkischen Basars – und jetzt entschuldige ich mich bei allen, die türkische Basare betreiben – bereits unterschritten, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit der Abg. Julia Klöckner, CDU)

Aber diese Provinzposse setzt sich weiter fort; denn als wesentliche Erkenntnis bringt Herr Stich von seinem China-Trip die traurige Botschaft mit, dass der chinesische Partner bisher gar keine Unterlagen für eine Genehmigung bei der zuständigen Behörde eingereicht hatte. Damit ist die Landesregierung offensichtlich erneut einem Schwindler aufgesessen. Kurt Beck lässt grüßen, meine Damen und Herren.

(Beifall der AfD)

Wie hilflos Herr Lewentz sein muss, zeigt sein verzweifelter Versuch, uns nun die beiden übrigen Interessenten anzubieten, von denen er noch am 22. Juni behauptet hatte, sie seien nicht seriös genug. Unfassbar!

(Beifall der AfD)

Am selben Tag hat übrigens Herr Roth – das ist der Vorsitzende der FDP-Fraktion, falls manche ihn noch nicht so richtig wahrgenommen haben sollten – in seiner langen, aber bedeutungslosen Phrasensammlung und als bemitleidenswürdiger Gefangener des Koalitionszwangs von mehr Mut der Opposition gesprochen. Lieber Herr Roth, ganz abgesehen davon, dass Sie sicher nicht wissen, was Mut wirklich ist,

(Beifall bei der AfD)

sollten Sie diese ehrbare Tugend nicht mit Tollkühnheit oder Dummheit verwechseln. Glauben Sie mir, ich weiß, wovon ich rede, und ich kann Ihnen diesen Unterschied gern einmal bei einer Tasse Bier und mit meinem persönlichen Kriegstagebuch erläutern.

(Beifall der AfD –
Zurufe der Abg. Kathrin Anklam-Trapp,
Alexander Schweitzer und weiterer
Abgeordneter der SPD und der FDP)

– Ja, ich weiß, damit haben Sie ein Problem.

Mut, meine Damen und Herren der Landesregierung, ist aber in der Tat gefordert, nicht von der Opposition, sondern von der Landesregierung. Bringen Sie ihn endlich auf, den Mut zur Wahrheit! Zeigen Sie Mut, und gestehen Sie die gemachten Fehler ein. Beweisen Sie Mut, indem Sie dieses unwürdige Verfahren endgültig abrechnen und neu ausschreiben, und haben Sie den Mut, auch die erforderlichen personellen Konsequenzen zu ziehen.

(Beifall der AfD)

Der Verkauf muss umgehend gestoppt werden, um weite-

ren Schaden vom Land Rheinland-Pfalz und seinen Bürgern abzuwenden. Schon jetzt steht das Land als Lachnummer und Inbegriff von Inkompetenz da. Sie, meine Damen und Herren der SPD, werden im Versagen nur noch von Ihren Parteikollegen in Berlin geschlagen, aber nur knapp.

(Beifall der AfD)

Die Versäumnisse im Rahmen dieses Milchmädchengeschäfts müssen umfassend aufgeklärt werden, um Derartiges für die Zukunft zu verhindern. Angesichts der fortgesetzten Weigerung, alle Hintergründe offenzulegen, fordern wir nach Abbruch des Verfahrens einen Untersuchungsausschuss und erwarten dazu auch von der CDU die nötige Unterstützung zum Wohle unseres Landes.

Politik, meine Damen und Herren, ist niemals alternativlos. Neben der erneuten Suche nach einem seriösen und solventen Käufer muss auch über einen Plan B nachgedacht werden. Der Hahn und die Menschen in der Region sind zu wichtig, um sie dem Parteigezänk zu opfern, meine Damen und Herren.

(Unruhe im Hause)

Lassen Sie uns gemeinsam und ergebnisoffen auf der Basis nun wirklich belastbarer wirtschaftlicher Kennzahlen eine tragbare Lösung finden.

Herr Staatsminister Wissing – Sie hätte ich beinahe vergessen –, tun Sie sich selbst und Ihrer Partei einen Gefallen, wenn Sie sich nicht für die Fehler Ihrer Koalitionspartner in Mithaftung nehmen lassen. Der Ampeldampfer hat schon jetzt erheblich Schlagseite. Nehmen Sie das Rettungsboot, verlassen Sie die Koalition, bevor Sie mit diesem Seelenverkäufer absaufen.

(Beifall der AfD)

Frau Ministerpräsidentin, Sie haben dieses Desaster selbst zur Chefsache gemacht. Jetzt werden Sie Ihrer Verantwortung gerecht werden müssen. Verantwortung ist unteilbar. Treten Sie zurück.

Danke schön.

(Beifall der AfD –
Zuruf des Abg. Alexander Schweitzer, SPD)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Vielen Dank, Herr Junge.

Als Nächstes erteile ich für die Fraktion der FDP dem Fraktionsvorsitzenden Herrn Roth das Wort.

Abg. Thomas Roth, FDP:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Flughafen Hahn liegt uns Freien Demokraten am Herzen.

(Zurufe von CDU und AfD)

Für uns ist der Hahn somit weit mehr als ein verkehrs- und

wirtschaftspolitisches Projekt. Er ist für uns ebenfalls ein soziales Projekt, das für gesellschaftliche Teilhabe gerade auch im ländlichen Raum steht.

Unser allgemeines und unser aller Ziel sollte es daher sein, das wirtschaftliche, insbesondere aber auch das regionalpolitische Potenzial des Flughafens Frankfurt-Hahn zu erhalten und nach Möglichkeit zu stärken. Ein zukunftsfähiger ländlicher Raum muss stets auch Wirtschaftsraum sein. Er muss Arbeits- und Ausbildungsplätze bieten, damit die Menschen dort eine echte Perspektive haben.

Der Flughafen Hahn erfüllt genau diese Aufgabe. Er ist ein wirtschaftlicher Wachstumskeim, um den herum Arbeitsplätze entstehen können und der vielen Menschen eine Perspektive bietet. Wer Schaden von der Region abwenden will, muss daher alles vermeiden, was den Standort schwächt. Deshalb fordere ich alle Beteiligten zu einem sachlichen, lösungsorientierten Dialog auf.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Signal, das von der heutigen Sitzung ausgehen soll, darf nicht nur eines des Streites und der politischen Profilierung sein.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Der
Aufklärung! –
Abg. Christian Baldauf, CDU: Der
Konsequenzen, das wäre einmal etwas! –
Abg. Julia Klöckner, CDU: „German Mut“
zur Aufklärung!)

Es wäre gut, wenn es auch ein Signal der Bereitschaft der im Landtag vertretenen Parteien wäre, konstruktiv an der Zukunft des Flughafens mitzuarbeiten.

– Sie dürfen sich gern an den Mutäußerungen des Fraktionsvorsitzenden der AfD beteiligen, Frau Klöckner.

(Abg. Christine Schneider, CDU: „German
Mut“ kam aber von Ihnen, Herr Kollege!)

– Das ist wahr.

Der Flughafen Hahn ist auch weit mehr als ein beliebiger Flugplatz, er ist das wirtschaftliche Zentrum einer gesamten Region. Er steht für Arbeitsplätze, für Wohlstand und damit für Teilhabe.

Der Flughafen Hahn steht auch für die wirtschaftliche Entwicklung dieses ländlichen Raums. Deshalb ist es so wichtig, für den Standort eine zukunftssichere und nachhaltige Perspektive zu entwickeln. Eine nachhaltige Perspektive für den Standort ist aber keine rein staatliche Aufgabe. Es kann und muss auf Dauer eine privatwirtschaftliche sein. Es ist doch nicht Aufgabe eines Bundeslandes, einen Regionalflughafen in Eigenregie zu betreiben. Der Staat sollte aus Sicht der FDP ein guter Gesetzgeber und auch ein guter Verwalter sein,

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Und ein
ehrbarer Kaufmann!)

aber er ist nicht der bessere Unternehmer in einer freien

Marktwirtschaft.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb steht die FDP Rheinland-Pfalz auch zu dem von der Landesregierung eingeleiteten Privatisierungsverfahren. Wir sind jetzt alle gefordert. Wir können uns jetzt mit Fragen aufhalten wie etwa, wer im Verkaufsprozess was falsch gemacht haben mag,

(Zurufe von CDU und AfD)

oder wir können unsere Kräfte gemeinsam darauf konzentrieren, für den Flughafen Hahn eine echte Zukunftsperspektive zu erarbeiten und schnell eine tragbare Lösung herbeizuführen. Das richtige Signal, das hier und heute an die Menschen in Rheinland-Pfalz und vor allem aber an die Menschen, die vom und durch den Flughafen Hahn leben, ausgehen muss, lautet: Wir wollen sachlich debattieren, uns am Wohle der Region orientieren und uns für die Zukunft des Standortes engagieren.

Gleichzeitig wollen wir aber auch aufklären und richtigstellen. Bei diesem Aufklärungsprozess muss auch die Rolle des Beratungsunternehmens KPMG beleuchtet werden.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Es muss schließlich dargelegt werden, wie die KPMG die Seriosität des Investors geprüft hat.

(Zuruf der Abg. Julia Klöckner, CDU)

Es stellt sich die Frage, weshalb das, was Journalisten ohne großen Aufwand leisten konnten, nicht auch von der KPMG hätte geleistet werden können,

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Das lässt er sich
aufschreiben aus der Staatskanzlei!)

vor allem deshalb, weil KPMG eine Dependance in Shanghai unterhält.

Auf der anderen Seite hat aber Herr Innenminister Lewentz auf die Kritik an dem Bieter reagiert, wie vorhin in seiner Rede ausführlich zu hören war. Die Regierungsfractionen haben konsequente Maßnahmen ergriffen und das Gesetzgebungsverfahren richtigerweise unterbrochen. Es ist nun Aufgabe des Innenministers, gründlich und zeitnah mit den beiden anderen Bietern Gespräche aufzunehmen.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Ihr habt doch
schon die Verträge geschlossen!)

Bei diesen Gesprächen muss die Prüfung der Seriosität der Kaufinteressen oberste Priorität haben.

Es ist doch in diesem Hohen Hause nicht unstrittig, dass eine Privatisierung des Flughafens Hahn sinnvoll und richtig ist; denn, meine Damen und Herren, nur wenn es uns in absehbarer Zeit gelingt, einen geeigneten Interessenten zu finden, haben wir die Chance, den Standort so zu entwickeln, dass er eine dauerhafte Perspektive hat, und darum sollte es uns allen gehen.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Menschen in der Region, die Beschäftigten, aber auch die Unternehmen vor Ort, deren Schicksal untrennbar mit dem Flughafen verbunden ist, sie alle haben eine Chance verdient.

Diesen Menschen eine Perspektive zu geben, heißt nicht, bei der Kritik stehen zu bleiben,

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Aber nicht mit dem Vertragspartner!)

sondern sich an der Suche nach Lösungen zu beteiligen. Demokratie ist doch kein Wettbewerb, dessen Motto es ist: Wer am lautesten schreit, hat recht. – Demokratie ist der Wettbewerb; denn nur wer die besten Konzepte und Lösungen hat, hilft auch nachhaltig Land und Leuten.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diesem Wettbewerb sollte sich auch die Opposition stellen, gerade wenn es um die Zukunft des Flughafens geht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Land hat den Flughafen doch nicht gebaut. Er wurde als Konversationsproblem übergeben

(Heiterkeit bei CDU und AfD)

und als Chance genutzt, Arbeitsplätze zu schaffen, um die regionale Wirtschaft zu stärken.

(Zuruf von der SPD: Hochmut kommt vor dem Fall!)

Mit den eingesetzten Mitteln hat die Landesregierung vielen Menschen vor Ort eine Perspektive gegeben, und diese sollte ihnen nicht genommen werden.

Eine Subventionierung muss aber immer ein Ausnahmefall bleiben und darf nicht zum Regelfall werden. Die EU-Kommission hat daher zu Recht auf eine Privatisierung gedrängt. Es ist angesichts der Schwierigkeiten von Regionalflughäfen nicht leicht, einen privaten Investor zu finden, und so sollte das auch in diesem Haus keinen verwundern. Bei aller Häme sollte aber auch klar sein, dass es wenig Alternativen hierzu gibt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Menschen vor Ort sind in Sorge um die Arbeitsplätze. Frau Klöckner, das haben Sie vorhin auch bestätigt. Eine ganze Region bangt hier um ihren Wohlstand. Wir sind daher alle gefordert, auch Sie, auch die Opposition.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Das haben wir ja gemacht!)

Lassen Sie uns alles dafür tun, damit der Hahn weiter fliegt.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Ihr wolltet nicht zustimmen, ohne Frage!)

Denn wir dürfen es nicht zulassen, dass dieser Hahn jetzt abstürzt.

Haben Sie vielen Dank.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Roth. Sie haben für die FDP-Fraktion gesprochen.

Bevor ich Herrn Abgeordneten Dr. Braun das Wort erteile, gebe ich dem Abgeordneten Frisch das Wort für eine Kurzintervention. Bitte schön, Herr Frisch.

(Abg. Thorsten Wehner, SPD: Eine Kurzintervention auf dem Papier festhalten!)

Abg. Michael Frisch, AfD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben jetzt gerade den bemerkenswerten Versuch erlebt, die Opposition mit ins Boot zu nehmen angesichts einer verzweifelten Situation der Landesregierung, um den Karren aus dem Dreck zu ziehen, in den die Regierung unter Ihrer Beteiligung, Herr Roth, die ganze Sache hineingefahren hat. Aber darüber ist schon sehr viel gesagt worden.

Ich wollte Ihnen einen Hinweis geben, woran es möglicherweise liegen könnte. Sie, Herr Kollege Roth, haben am 21. Juni in einem dpa-Interview mit Blick auf den Verkauf des Flughafens gesagt, Sie seien davon überzeugt, dass die SPD aus der Pleite am Nürburgring gelernt habe und alles dafür getan habe, sich hier abzusichern.

Dann haben Sie wörtlich hinzugefügt: Ihr Bauchgefühl in dieser Angelegenheit sei mit Sicherheit gut. –

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Ja!)

Ich muss ehrlich gestehen, Herr Kollege Roth, diese Aussage hat mich außerordentlich irritiert.

(Abg. Martin Haller, SPD: Das ist keine Kurzintervention! Auf den Vorredner Bezug nehmen! –

Abg. Katrin Anklam-Trapp, SPD: Auf die aktuelle Rede Bezug nehmen!)

– Mache ich ja.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Er ist der Präsident!)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Herr Frisch, ich bitte Sie, auf die aktuelle Rede Bezug zu nehmen.

(Weitere Zurufe im Hause)

Abg. Michael Frisch, AfD:

Ich nehme doch Bezug auf das, was er hier gesagt hat.

(Zurufe im Hause)

Wir reden hier im Kontext über den Hahn und die Rolle auch der FDP-Fraktion.

(Weitere Zurufe im Hause)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Herr Abgeordneter Frisch, das Instrument der Kurzintervention dient dazu, unmittelbar auf den Vorredner und bestimmte Aussagen einzugehen und sie zurechtzurücken oder wie auch immer.

(Abg. Thomas Roth, FDP: Das tut er nicht!
Er sagt Sachen vom 21. Juni!)

Ich bitte Sie, das Instrument entsprechend zu nutzen oder das Rednerpult zu verlassen.

(Abg. Jens Guth, SPD: Bringen Sie Ihren unverzichtbaren Beitrag! –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Machen Sie einfach weiter! Der CDU ist es wichtig, dass Sie weitermachen!)

Abg. Michael Frisch, AfD:

Genau. Vielen Dank. –

(Zurufe im Hause)

Ich habe mir einmal die Mühe gemacht, im Duden nachzuschlagen, was der Herr Roth bei dem Wort „versemmeln“ offensichtlich ebenfalls getan hat. Herr Roth, Bauchgefühl definiert der Duden als – – –

(Abg. Jens Guth, SPD: Auf die Vorrede Bezug nehmen! –
Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD: Geschäftsordnung! –
Abg. Jens Guth, SPD: Auf die Vorrede Bezug nehmen! Geschäftsordnung! –
Weitere Zurufe im Hause)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Herr Kollege Frisch, bitte nehmen Sie auf die Vorrede Bezug, sonst kann ich Ihnen nicht das Wort zur Kurzintervention erteilen.

Abg. Michael Frisch, AfD:

Gut, dann werde ich noch einige Sätze zu Ihrer Rede sagen.

(Abg. Martin Haller, SPD: Nein! Jetzt langt es aber! –
Zuruf des Abg. Thomas Roth, FDP)

– Ich nehme doch auf Ihre Rede Bezug. Herr Roth, wenn Sie hier sagen, die Opposition solle mit Verantwortung übernehmen, dann wäre es Ihre Sache gewesen, das zuvor zu tun. Sie haben die Opposition – Sie und auch die Regierung – vorher diffamiert, weil sie nicht bereit wäre, der Regierung Vertrauen zu geben und mit Verantwortung zu übernehmen. Das haben Sie heute erneut getan. Sie

hätten dieser Verantwortung vorher gerecht werden sollen. Das haben Sie nicht getan. Deswegen sind Sie jetzt mit in der Situation.

Ich finde es schon problematisch, dass Sie jetzt nach Hilfe anderer in einer Lage rufen, die Sie selbst mit verschuldet haben.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Herr Kollege Frisch, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will noch einmal darauf hinweisen, dass das Instrument der Kurzintervention ausschließlich dazu dienen kann, unmittelbar auf den Vorredner einzugehen. Wenn dann aus den Fraktionen heraus zum Rednerpult gerufen wird, einfach weiterreden, dann ist das nicht in Ordnung und entspricht nicht unserer Geschäftsordnung. Ich bitte, das zu beachten.

(Beifall der SPD, der CDU, der FDP und
des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als nächstem Redner erteile ich in dem Abgeordneten Dr. Braun von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Herr Dr. Braun.

Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben heute das Thema, das wir hier schon beim letzten Mal besprochen haben, nämlich die Veräußerung des Flughafens Hahn, auf der Tagesordnung.

(Zurufe von der CDU: Ach!)

– Ja, das muss man Ihnen einmal sagen. Sie reden über alles Mögliche, aber nicht darüber.

(Heiterkeit bei der AfD)

Wir haben das letzte Mal als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN deutlich gemacht, dass wir keine Alternative zum Verkauf des Flughafens sehen. Sie sagen das auch, wenn ich das richtig sehe. Deswegen glaube ich, man muss das festhalten.

Der Verkauf des Flughafens ist von allen hier gewollt. Es ist auch so, dass die Privatisierung des Flughafens – Sie haben es auch gesagt, Herr Roth – der richtige Weg ist, den wir eingeschlagen haben. Den Weg, den die Regierung eingeschlagen hat, bezweifeln Sie offensichtlich nicht.

Im Moment ist der Weg beschritten, und wir wollen als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch diesen Weg weitergehen. Wenn wir diesen Weg weitergehen wollen, dann bleibt im Moment – ich glaube, darüber muss man reden – die Frage, über die man reden muss, was an Möglichkeiten an dieser Stelle bleibt, an der wir stehen. Dann bleibt im Moment, dass man mit den weiteren Bietern, die im Verfahren sind, Kontakt aufnimmt und redet.

Sie haben es kritisiert, dass man mit Bieter 2 und Bieter 3 redet. Ich hätte gerne einmal eine Begründung dafür. Warum sollte man das nicht tun?

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Wenn man den Hahn veräußern will, wenn man die Arbeitsplätze dort vor Ort retten will und wenn man den Hunsrück in seiner Struktur stärken will, dann muss man, wenn man seriös ist, diese Maßnahmen, die vor uns stehen, auch durchführen.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Egal mit wem, egal zu welchen Kosten! –

Abg. Christian Baldauf, CDU: Haben Sie Vertrauen in den Lewentz, dass er das schafft?)

Die Kritik, die Sie daran üben, konnte ich bisher nicht nachvollziehen. Sollen wir jetzt das Verkaufsverfahren abbrechen? Ist das Ihre Forderung? Ist es Ihre Forderung, das Verkaufsverfahren abbrechen und dann den Hahn eventuell im Stich zu lassen?

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Soll das der Innenminister machen?)

Ist das Ihre Forderung, meine Damen und Herren von der CDU? Das ist doch im Moment die Frage.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Es ist doch im Moment die Frage, wie wir verantwortlich mit dem Verfahren umgehen. Dieses Verfahren – ich komme noch dazu –, das natürlich bisher nicht glücklich gelaufen ist,

(Zurufe von der CDU: Oh!)

das würde ich hier auch keiner behaupten, fortzuführen – ich halte das hier fest –, ist richtig. Es ist richtig, das Verkaufsverfahren fortzuführen. Wir wollen nicht, dass der Hahn, weiterhin subventioniert – auch wenn es einerseits gar nicht durch die EU-Vorschriften geht, aber wir wollten es auch sonst politisch nicht –, jedes Jahr 10 bis 15 Millionen Euro kostet und keine Perspektive für die Zukunft hat. Meine Damen und Herren, das ist doch die Tatsache, die wir erst einmal feststellen müssen. Wenn wir das feststellen, ist es unabdingbar, dieses Verkaufsverfahren weiter zu betreiben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Nur in privater Hand kann der Hahn eine gute Zukunft haben. Wir brauchen diese gute Zukunft für die Arbeitsplätze vor Ort. Es ist nicht nur der Flugbetrieb, der davon abhängig ist, dass es dort gute Entwicklungen gibt, sondern um den Flugbetrieb herum haben sich natürlich auch andere Gewerke und andere Zweige angesiedelt. Diese wollen wir vor allem stärken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wir wollen doch eine dauerhafte Zukunftsperspektive.

Wenn wir sehen, dass die Regionalflughäfen in Deutschland – der Hahn ist doch kein Einzelfall – Schwierigkeiten haben, vor allem, wenn sie natürlich von Landesseite unterstützt werden, auf die Dauer ohne Subventionen auskommen, dann wissen wir, die Konkurrenz ist in diesem Bereich groß. Das Fluggeschäft kann nicht das einzige sein, was am Hahn weiterentwickelt werden muss. Vielmehr muss der Schwerpunkt auf anderen Entwicklungen liegen. Es müssen aber Arbeitsplätze geschaffen und erhalten werden. Das ist unser Anliegen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Wenn Sie sehen, was in Kassel-Calden mit einer Regierung der CDU passiert, wenn Sie sehen, dass Kassel-Calden von den Touristen eher weg hin zur Fracht will, was wir am Hahn schon länger gemacht haben, wenn Sie aber sehen, wie das Frachtgeschäft im Flugverkehr läuft – das sehen Sie auch am Hahn –, dass es sehr schwierig ist, Kunden für das Frachtgeschäft zu haben, so ist insofern die Zukunft, egal, in welcher Perspektive, eines Flughafens eine eingeschränkte. Das muss man deutlich sagen.

Wir wollen trotzdem das nutzen, was an Infrastruktur da ist. Wir haben viel Geld investiert. Dieses Land hat viel Geld investiert, um die Infrastruktur am Hahn aufzubauen, nicht nur die Fluginfrastruktur, sondern auch eine andere Infrastruktur. Diese Infrastruktur zu erhalten und nicht einfach die Investitionen jetzt irgendwo liegen zu lassen, ist unser Anliegen. Ich möchte noch einmal sagen, dieses Anliegen geht dahin, Arbeitsplätze, Struktur und Möglichkeiten der Gewerbeentwicklung, der Entwicklung in der Wirtschaft am Hahn und im Hunsrück zu retten.

Der Hunsrück war schon immer eine sehr arme Region. Dafür muss man nicht den Film „Heimat“ gesehen haben. Aber der Hunsrück hat eine Chance, wenn wir gemeinsam darangehen, dort neue Perspektiven zu schaffen.

Da frage ich mich, ob die Opposition im Moment den richtigen Ton in der Entwicklung des Hahn trifft.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Ich möchte das gar nicht lange ausführen, aber ich möchte doch ein wenig Licht in die Sache bringen.

(Abg. Martin Brandl, CDU: Das haben wir schon! –

Abg. Christian Baldauf, CDU: Kennen Sie den?)

Wenn man dieses Thema unterbelichtet diskutiert, dann bleibt nur ein Grau, ein Schwarz und ein Weiß. Wenn man aber Licht auf dieses Thema wirft, dann sieht man sehr differenziert und sehr genau,

(Abg. Damian Lohr, AfD: Da kommt auch grün zum Vorschein!)

– genau, da kommt auch Grün zum Vorschein, Grün ist immerhin die Hoffnung –, wenn man das mit Farbe diskutiert, dass der Hahn-Verkauf und der Nürburgring nicht das gleiche Verfahren sind. Sie versuchen immer nur zu

unterstellen, indem sie den Nürburgring einbringen, es sei das gleiche Verfahren, es sei die gleiche Methode, und es sei auch das gleiche Ende.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Die gleichen Leute, die es versäumen! Das ist das Problem!)

Meine Damen und Herren, so ist es nicht. Es sind völlig verschiedene Verfahren. Wenn man es differenziert betrachtet, sieht man, dass beim Hahn eine Möglichkeit da ist und diese Möglichkeit genutzt werden muss, den Verkaufsprozess weiterzuführen,

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Deshalb fährt man es an die Wand!)

es ohne Schaden für das Land weiterzuführen, ohne finanziellen Schaden für das Land und natürlich auch in der Perspektive ohne Schaden für die Region. Das ist uns wichtig.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Wir haben versucht – ich denke, das ist für die Debatte hier im Landtag eine wichtige Grundlage –, immer wieder auch die inhaltlichen Themen in den Vordergrund zu stellen. Natürlich ist viel Geld investiert worden. Viele Millionen sind am Hahn investiert worden. Es wurde die Entschuldung am Hahn betrieben. Sie waren dafür, dass man die Entschuldung betreibt, sodass man jetzt auch die Verkaufsperspektive hat.

Sie haben als Opposition keine Alternativen dazu. Sie haben einmal eine Alternative eingebracht mit der anderen Finanzierung, die aber auch Geld gekostet hätte.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Ohne Frage!)

Sie haben aber dennoch auch gesagt, man muss Geld in die Hand nehmen,

(Abg. Alexander Licht, CDU: Ja!)

um den Hahn dann verkaufsfertig zu haben, um ihn privatisieren zu können. An der Stelle sind wir.

(Abg. Alexander Licht, CDU: So weit richtig! Sie sind der Erste, der das hier richtig darstellt!)

– Herr Licht, welche Möglichkeiten sollten wir denn haben? Jetzt das Verkaufsverfahren weiterzuführen? Sind Sie denn dafür, das Verkaufsverfahren zu unterbrechen?

(Abg. Alexander Licht, CDU: Man muss nur in den Protokollen des ersten Verkaufsverfahrens nachlesen!)

Das müssen Sie hier sagen. Wenn Sie dafür sind, das Verkaufsverfahren zu unterbrechen und eine neue weltweite Ausschreibung zu machen, dann müssen Sie es hier sagen. Wenn Sie aber dafür sind, sachlich argumentiert mit den anderen beiden Bietern weiter zu rechnen, um die Möglichkeit auszuloten, den Verkauf auch wirklich seriös zum Abschluss zu bringen, dann können Sie es hier auch

sagen.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Kennen Sie die Angebote denn? – Zuruf von der CDU: Am Thema vorbei!)

– Das ist nicht am Thema vorbei, wie ich hier aus der CDU gehört habe. Genau das ist das Thema. Sie sind neben dem Thema.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP –
Abg. Alexander Licht, CDU: Heute Morgen haben Sie schon verkauft, und dann rufen Sie zu Gemeinsamkeit auf!)

– Herr Licht, Sie haben vielleicht nachher noch die Möglichkeit zu reden. Wenn Ihre Fraktionsvorsitzende Ihnen Zeit gelassen hätte, dann dürften Sie auch reden, aber es war wahrscheinlich nicht die Absicht, dass Sie hier reden.

Wenn Sie hier mit belastbaren Fakten argumentieren wollen, dann sind wir gerne bereit, diese Argumentation aufzunehmen und diese Argumentation ernsthaft zu führen. Es wird heute nicht Ende mit der Diskussion sein. Sie haben die Vertrauensfrage angekündigt. Wir werden aber auch inhaltlich weiterarbeiten müssen, wenn wir mit den anderen beiden Bietern reden. Wir werden auch inhaltlich als Parlament entscheiden müssen: Wollen wir den Verkaufsprozess weiterführen?

Meine Damen und Herren von der CDU, belastbare Fakten habe ich von Ihnen jetzt nicht gehört. Deswegen wäre es schön, wir würden zu den belastbaren Fakten zurückkommen und würden dann anhand dieser belastbaren Fakten hier im Parlament diskutieren. Das ist zumindest unser Weg, und den wollen wir fortführen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Ich kann es hier auch noch einmal deutlich sagen, ich habe es auch schon öffentlich gesagt: Wir sind durchaus dafür, weitere Unterlagen in diesem Verfahren zu veröffentlichen.

(Zurufe von der CDU)

Beispielsweise, wenn es möglich ist, den Vertrag mit der KPMG zu veröffentlichen, den Auftrag zu veröffentlichen, dann wäre das durchaus sinnvoll.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Verträge!)

Ich glaube, auch die KPMG hätte Interesse daran. Wir haben auch ein Interesse daran. Das müssen wir prüfen und im Laufe des Verfahrens natürlich weiter vorantreiben. Weitere Unterlagen, die veröffentlichbar sind, müssen veröffentlicht werden. Das ist doch vollkommen klar. Ich meine, wir haben als Grüne das Transparenzgesetz nicht einfach so diskutiert, sondern wir wollen die entsprechende Transparenz auch umsetzen, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP –
Abg. Anke Beilstein, CDU: Das fällt Ihnen aber spät ein!)

Ich möchte aber auf die Art und Weise der Diskussion noch einmal zurückkommen. Wenn hier die Oppositionsführerin sagt – ich zitiere –, ich kenne kein EU-Recht, das vorschreibt, mit Betrügern Verträge abzuschließen, dann ist das richtig.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Ich kenne keines!)

Sie kennen keines, und es gibt auch keines. Was für eine inhaltliche Aussage ist das aber? Ist das eine Aussage, die in Verkaufsverfahren in irgendeiner Art und Weise tragfähig ist? Natürlich will niemand mit Betrügern Verträge abschließen, aber Sie haben auch nicht gesagt, wie man hätte entdecken können, dass es sich um Betrüger handelt. Das haben Sie hier nicht gesagt.

(Heiterkeit bei der CDU –
Abg. Alexander Licht, CDU: Wer lesen kann, ist klar im Vorteil, Herr Kollege!)

Sie haben gesagt, Sie sind im Nachhinein dankbar. Da bin ich auch dankbar, dass das im Nachhinein – –

(Abg. Alexander Licht, CDU: Wer lesen kann, ist klar im Vorteil!)

– Herr Licht, ich kann auch lesen. Danke für den Hinweis. Ich habe auch gelesen. Ich glaube, ich habe Dinge gelesen, die mehr den Tatsachen entsprechen als das, was Frau Klöckner hier gesagt hat. Ich kann aber auch die Rede von Frau Klöckner nachlesen und dann den Wahrheitsgehalt dieser Rede überprüfen.

Meine Damen und Herren, Sprüche allein helfen hier nicht weiter.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP –
Zuruf der Abg. Julia Klöckner, CDU)

– Frau Klöckner, nicht klatschen, sondern sich daran halten, wäre die richtige Methode.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Ich bin dankbar, dass diese Tatsachen um den eventuellen Betrüger – man weiß es noch nicht genau, man kann solche Sachen immer erst im Nachhinein feststellen –

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Oh joi joi!)

veröffentlicht und recherchiert wurden. Natürlich.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Man kann auch vorher recherchieren!)

Die Landesregierung hat doch auch – vielleicht etwas spät, das mag sein, wenn Sie das sagen – entsprechende Recherchen vorgenommen, und wir haben doch rechtzeitig – natürlich ist es nicht gut gelaufen, ich sage es noch einmal – die Bremse gezogen, sodass kein Schaden für das Land entsteht.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Von wegen! Der Notar ist schon Schaden! –
Abg. Christian Baldauf, CDU:
Personalkosten! Verhandlungskosten!
Riesiger Streitwert!)

Das ist doch wichtig. Es ist doch wichtig, hier festzuhalten, dass wir im Moment weiterhin im Verkaufsverfahren sind, ohne dass Geld an Leute geflossen ist, die unseriös sind. Darum geht es. Wir sind jetzt im Verkaufsverfahren.

Heute Morgen war zu lesen und zu hören, dass wir bei der Housing erfolgreich im Verkaufsverfahren sind. Wir sind also in den richtigen Schritten und gehen die nächsten richtigen Schritte.

Frau Klöckner, Sie haben hier gesagt, im Businessplan würde stehen – den haben Sie gelesen, Herr Licht, man weiß, wer lesen kann, ist klar im Vorteil –,

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Ich war da!)

der Anbieter verspricht, von 80.000 Tonnen auf 1,2 Millionen Tonnen von dem einen auf das nächste Jahr zu kommen. Ich habe nirgendwo gelesen, dass das der Anbieter verspricht. Die 1,2 Millionen Tonnen gibt es als Planziel, aber nicht von dem einen auf das nächste Jahr,

(Abg. Michael Hüttner, SPD: So ist es!)

sondern 2020 steht da. Wer lesen kann, ist klar im Vorteil.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP –
Zuruf des Abg. Martin Brandl, CDU)

Wer das dann gelesen hat und das weiß, aber hier am Pult etwas anderes sagt, der muss sich hinterfragen lassen:

(Zuruf der Abg. Julia Klöckner, CDU)

Wollen Sie hier Show machen, oder wollen Sie ernsthaft diskutieren?

Wir sind an einer ernsthaften Diskussion interessiert. Da mache ich gerne weiter, aber nicht bei dieser Show.

Danke schön.

(Anhaltend starker Beifall des BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Vielen Dank, Herr Dr. Braun. Als Fraktionsvorsitzender habe Sie für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gesprochen.

Auf Ihre Rede gibt es die Meldung zu zwei Kurzinterventionen. Ich darf als Erstem Herrn Abgeordneten Billen von der Fraktion der CDU das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Billen.

Abg. Michael Billen, CDU:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt

spricht einmal ein erfahrener Flughafenverkäufer.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Nein!)

(Heiterkeit im Hause und vereinzelt Beifall)

Herr Braun, Sie haben von belastbaren Fakten gesprochen. Belastbare Fakten sind: Die Landesregierung hat beim Verkauf des Flugplatzes jedes kaufmännische normale Verhalten nicht beachtet. Punkt!

Wir schreiben einen ganzen Flugplatz mit allen Dingen aus. Wir sind im Verkaufsprozess und haben einen Teil verkauft. Das ist so, als wenn der Bauer einen Stall mit Grünland rundherum hat, er das Grünland verkauft und sagt, jetzt hätte ich gerne ein gutes Angebot für meinen Stall, habe aber nichts mehr zum Fressen da.

(Beifall der CDU)

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Sie hat die Anleitungen des Rechnungshofs zum Nürburgring, die im Nachhinein erstellt worden ist, nicht beachtet. Punkt! Belastbare Fakten!

Leute, das ist unmöglich. So kann man doch nicht verhandeln.

(Beifall der CDU)

Belastbare Fakten, Herr Braun. Entweder wissen Sie wirklich nicht, wie man es verkauft, aber Sie können doch nicht stückchenweise anfangen zu verkaufen.

Belastbare Fakten sind auch, dass keinem Bauern und keinem Winzer in ganz Rheinland-Pfalz, in ganz Deutschland zweimal das Gleiche passieren würde, dass man jemandem vertrauen würde, der kein Geld hat. Ich sage, das ist auch ein belastbarer Fakt.

(Glocke des Präsidenten)

(Beifall der CDU)

Damit legen Sie sich doch fest. Damit haben Sie doch schon den Käufer für den Rest für 1 Euro de facto gemacht. Entschuldigen Sie bitte, so verkauft man nicht. Das halte ich für abenteuerlich.

Belastbar wäre so einfach gewesen: Notaranderkonto, das Geld für den Kaufpreis dahin, das Geld für den Businessplan dahin. Belastbarer Fakt: Geld ist da, kann man verkaufen. – Ja, nicht gemacht worden. Punkt!

(Beifall der CDU)

(Beifall bei der CDU –
Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Billen. Herr Dr. Braun, Sie haben Gelegenheit, unmittelbar darauf zu reagieren. Bitte schön.

Herr Braun, belastbare Fakten, nicht gemacht worden. So einfach ist das Leben manchmal.

Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ich bin sprachlos bei manchen Fragen. Das sage ich Ihnen auch, Herr Braun. Es geht mir wie Ihnen. Sie sagen, es ist nicht gut gelaufen, weil Sie hier nicht sagen dürfen, was Sie denken.

Herr Billen, was Sie hier über ein Konto und wie man den Auszug macht, gesagt haben, will ich nicht weiter beurteilen. Ich kenne mich nicht damit aus, wie man falsche Kontoauszüge macht.

Ich war aber sprachlos, als ich in der Zeitung lese, man habe Kontoauszüge angeschaut. Gott nein, das müsste man aber in diesem Haus längst wissen. Mittlerweile weiß jedes kleine Kind, wie man einen Kontoauszug produzieren kann. Wir haben doch bei anderen Dingen gelernt, wie das geht.

(Vereinzelt Heiterkeit im Hause)

(Heiterkeit im Hause)

Sie können sich aber darauf verlassen, dass – daran merkt man, dass Sie es eben nicht gelesen haben – es die Unterlagen gibt. Im Leseraum sind nämlich zwei Verträge vorhanden, der eine mit dem Housing und der andere mit dem Flughafen. Vielleicht hätte Ihr Beispiel vom Bauern mit dem Grünland gegolten, wenn man die Landebahn extra verkauft hätte. Das wäre ein bisschen schwierig. Der eine Vertrag hat aber im Moment mit dem anderen nichts zu tun. Von vornherein war schon klar, dass die getrennt verkauft werden. Insofern glaube ich, es wäre gut, Sie würden einmal mit Herrn Licht zusammen in den Leseraum gehen. Er wird Sie dann aufklären.

Sie, Sie, Sie, Sie waren beim Nürburgring dabei, als Kontoauszüge angeschaut worden sind! Kontoauszüge! Sie waren dabei!

(Beifall der CDU)

Vielen Dank.

Belastbare Fakten!

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Jetzt sage ich Ihnen noch etwas zu belastbaren Fakten: Ich war heute Morgen noch einmal sprachlos. Das passiert mir ganz selten. Überlegen Sie einmal: Ich lese heute Morgen – das ist dann auch vom Innenminister hier bestätigt worden –, wir haben einen Teil verkauft.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Unglaublich!)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Vielen Dank, Herr Dr. Braun.

Das ist doch wirklich nicht mehr machbar.

Es gibt die Meldung zu einer weiteren Kurzintervention von

Herrn Abgeordneten Joa von der Fraktion der AfD. Bitte schön, Herr Joa.

Abg. Matthias Joa, AfD:

Herr Braun, zum Thema Datenraum und auch zu Ihrer Aussage, Sie hätten es nicht wissen können, muss ich noch einmal einhaken. Wir haben uns im Datenraum getroffen. Sie erinnern sich noch? Ich habe für meine Fraktion knapp eineinhalb Stunden quergelesen und geprüft. Ich kann Ihnen eines sagen: Es war vollkommen erkennbar. Jeder BWL-Student im ersten Semester hätte erkennen können, dass an der Sache etwas nicht stimmt.

Ich habe den Businessplan überflogen. Allein die Umsatzsteigerungen, die darin vermerkt waren, sind restlos unrealistisch.

Darüber hinaus gab es dann noch eine schöne Selbstbeschreibung des Käufers. Da war dann die Rede von: Dank des extremen Engagements von Dr. Chou und den unglaublichen Fähigkeiten usw. – Da habe ich schon für mich gedacht, das kann doch nicht wirklich seriös sein.

Sie können sich also nicht einfach verstecken und sagen, es war nicht absehbar. Das ist schlicht und einfach die Unwahrheit.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Vielen Dank, Herr Joa. – Eine Reaktion gibt es nicht.

Damit haben wir die erste Runde beendet. Bevor ich der Ministerpräsidentin das Wort erteile, will ich noch einmal in Richtung der AfD und Herrn Junge im Rückblick auf die Debatte zu Ihrem Wortbeitrag sagen: Herr Junge, Sie haben zwei Begriffe in der persönlichen Auseinandersetzung gegenüber Kollegen gebraucht, wie Dummheit oder Seelenverkäufer. Ich denke, wir können uns sehr heftig auseinandersetzen, aber in der persönlichen Auseinandersetzung sollten wir solche Begriffe dann doch vermeiden. Ich bitte in Zukunft um Beachtung.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD, der CDU,
der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich darf dann Frau Ministerpräsidentin Dreyer das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Ministerpräsidentin.

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Herren und Damen Abgeordnete, liebe Kollegen und liebe Kolleginnen! Es ist unschwer klar geworden, dass der Flughafen Hahn für uns alle eine besonders hohe Bedeutung hat. Das ist eben so, weil der Hahn für unser Land von großer Bedeutung ist. Deshalb haben wir sehr oft – viele, viele Male – in diesem Parlament, in diesem Landtag über den Flughafen Hahn diskutiert.

Der Flughafen Hahn ist ein sehr wichtiger Pfeiler für die wirtschaftliche Entwicklung im Hunsrück und in der ganzen Region. Er ist sicherlich auch eines unserer wichtigen Infrastrukturprojekte.

Die wirtschaftliche Lage – das ist auch schon lange bekannt und hier ebenfalls bereits oftmals diskutiert worden – am Flughafen Hahn ist aber auch sehr schwierig. Das war sie schon immer, und wir sollten auch nicht so tun, als hätte sich das jemals vorher anders dargestellt. Es ist auch kein Spezifikum für unseren Regionalflughafen, zu dem wir alle stehen, sondern es ist die bundesweite, die europaweite Herausforderung, die das Thema Regionalflughäfen betrifft.

Selbstverständlich bin ich sehr betroffen darüber, dass sich durch offensichtlich betrügerisches Handeln und bewusstes Täuschen des Meistbietenden der Verkaufsprozess verzögert und erschwert hat. Die Situation am Flughafen ist seit Langem angespannt. Die Beschäftigten des Flughafens, die Unternehmer in der Region, die Kommunalpolitiker, Sie als Landtagsabgeordnete und natürlich auch wir als Landesregierung, wir alle haben bereits seit Langem einen steinigen Weg hinter uns. Es ist doch vollkommen klar, dass es nicht um uns und auch nicht um mich geht, selbst wenn ich sage, mir tut das besonders weh nach all dieser Entwicklung, sondern dass es um die Menschen in dieser Region geht. Das ist der einzige Grund, warum wir uns überhaupt anstrengen, den Hahn weiterzuentwickeln und all die Jahre daran gearbeitet haben.

(Starker Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir als Landesregierung und ich als Ministerpräsidentin haben mit viel Aufwand dafür gekämpft, dass die Beihilfeverfahren rund um den Flughafen zu einem guten Abschluss gekommen sind. Ich erinnere auch noch einmal daran, warum das eigentlich so wichtig war: Alle wissen, auch Sie, dass Rückforderungen seitens der EU der Hahn niemals verkräftet hätte.

Das wäre damals das Aus für den Hahn gewesen. Genau so wissen Sie, dass der Hahn niemals ohne Betriebsbeihilfen hätte überleben können. Deshalb war diese Frage so wichtig.

Deshalb habe ich, noch bevor ich 2013 mein Amt als Ministerpräsidentin angetreten habe, als einer meiner allerersten Schritte den engen Kontakt zur Europäischen Kommission gesucht und jeden folgenden Schritt im Prozess auf das Engste mit Brüssel abgestimmt.

Meine sehr verehrten Herren und Damen, für die Begleitung des Beihilfeverfahrens habe ich damals auch ein Beihilfeteam in der Staatskanzlei errichtet sowie eine Taskforce unter Federführung des Innen- und des Finanzministeriums eingerichtet. Ich sage das hier noch einmal öffentlich und laut an Sie, Frau Klöckner, und Sie, Herr Licht: Es gab keine Taskforce in der Staatskanzlei, es gab ein Beihilfeteam. Dieses Beihilfeteam hat seine Arbeit erfolgreich beendet. Es gab oder gibt schon immer eine Taskforce unter Federführung des Innen- und des Finanzministeriums. Diese Einrichtung ist damals erfolgt.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Es wird dünn,
Herr Lewentz!)

Es war ein Erfolg, dass die Beihilfeverfahren am 1. Oktober 2014 positiv entschieden werden konnten.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Herr Lewentz ist
schuld!)

Aber zu diesem Zeitpunkt war ebenfalls längst klar, für die Zukunft des Hahn ist die Privatisierung der richtige Weg. Ich war immer der Auffassung – ich habe in meiner Amtszeit noch nie irgendetwas anderes gesagt –, dass das Land nicht auf Dauer den Flughafen betreiben kann und betreiben sollte. Das ist auch die Haltung dieser Koalition.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN)

Wenn ich mich richtig erinnere – ich habe heute auch den Eindruck gehabt –, und wenn ich mir die Ausschussprotokolle vergegenwärtige, dann hat das auch immer die CDU vertreten.

Sie sagen, Steuergelder ohne Konzept verschwendet. Das habe ich heute auch wieder gehört. Ich sage Ihnen, von der Entschuldung bis zum Sanierungskonzept der FFHG wurden danach viele weitere Schritte eingeleitet. Dazu gehörte die Umschuldung – Sie kennen das alles – der bestehenden Darlehen. Dazu gehörte mehr Liquidität durch den Grundstücksverkauf. Dazu gehörten auch die Sanierung der FFHG und viele andere Schritte mehr.

Warum? Das alles war erforderlich, um das umzusetzen, was auch Sie wollen, nämlich die Privatisierung des Flughafens Hahn, und um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass eine Privatisierung möglich geworden ist. Das war alles in enger Abstimmung mit der Europäischen Kommission.

Mit dem positiven Bescheid der Kommission war die wichtige und verlässliche Grundlage für den Privatisierungsprozess gelegt. Damit konnte das Innenministerium diesen Prozess in eigener Ressortzuständigkeit fortführen.

(Zurufe der Abg. Julia Klöckner und
Christian Baldauf, CDU)

Selbstverständlich ist das das ganz normale Agieren in einer Regierung, was nicht eine Distanzierung zu einem Projekt bedeutet. Selbstverständlich habe ich mir persönlich und hat sich das Kabinett kontinuierlich über den Fortgang vom Innenministerium berichten lassen.

(Zuruf des Abg. Martin, Brandl, CDU)

Der Innenminister hat bereits ausgeführt, wie das Ausschreibungs- und Bieterverfahren abgelaufen ist und wie es zu dem Vertragsabschluss kam.

Ich will noch etwas zu einem Punkt sagen, der hier aufgeworfen worden ist. Das steht im Zusammenhang mit der Bonitätsprüfung und vermeintlichen Warnungen. Sie nennen das immer die rote Ampel. Es handelte sich am 20. April um einen nicht abgeschlossenen Prozess. Ich hatte zu diesem Zeitpunkt keine Kenntnis über eine derartige Dokumentation.

(Zurufe von der CDU)

– Zum damaligen Zeitpunkt, das stimmt.

Die in einem solchen Prüfungsprozess auftretenden Fragen wurden mir aber als durchaus erklärbar dargestellt. Im Schlussbericht – das ist wohl die aller wichtigste Botschaft – stehen alle Ampeln auf Grün. Das sollten Sie vielleicht auch nicht weglassen, wenn Sie von der roten Ampel sprechen.

(Abg. Martin Brandl, CDU: Haben Sie die
Hinweise im Schlussbericht auch zur
Kenntnis genommen?)

Heute ist klar – ich habe es erläutert –, dass der zum Zuge kommende Bieter wohl kriminelle Absichten hatte

(Abg. Martin Brandl, CDU: Antworten Sie
mal auf die Frage, Frau
Ministerpräsidentin!)

und die Beratungsfirma und die Verantwortlichen im Innenministerium getäuscht worden sind.

(Abg. Martin Brandl, CDU: Das blenden Sie
aktiv aus!)

Das ist bitter.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Aktiv wird
ausgeblendet!)

Es ist bitter, dass dieser schlimme Fehler passiert ist. Natürlich können Sie uns das als Opposition vorwerfen. Das ist selbstverständlich. Aber es ist doch absurd zu sagen, einerseits hätten wir den Verkauf wegen der Wahl herausgezögert oder andererseits haben wir ihn durchgepeitscht, um es schnell hinter uns zu bringen, um den Hahn endlich loszuwerden.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zurufe von der CDU)

Das Verfahren war immer klar. Der Weg, den wir gewählt haben, war immer klar und transparent.

(Abg. Gerd Schreiner, CDU: Das habt ihr
von Anfang an so geplant!)

Ich sage noch ein Wort zur KPMG. Wir schieben nicht die Verantwortung ab. Das machen wir nicht. Aber es ist genauso absurd, dass Sie glauben, man kann nicht darüber sprechen, dass ein Beratungsunternehmen beauftragt ist

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

und uns nicht anders unterstützt, als wie es bei einem Auftrag mit großer Öffentlichkeitswirksamkeit geschehen ist. Deshalb sage ich das noch einmal, dass wir auch in Zukunft weiter über diesen Punkt sprechen werden. Es wird intern geprüft. Wir werden sehen, welche Schlüsse daraus zu ziehen sind.

All diese Erkenntnisse führten dazu, dass die Landesregierung wegen der kriminellen Absichten in der letzten

Woche das Parlament gebeten hat, die parlamentarischen Beratungen zum Veräußerungsprozess zu stoppen.

Ich sage Ihnen an dieser Stelle ganz deutlich, Sie lächeln immer über das Thema Transparenz.

(Abg. Christine Schneider, CDU: Nein, wir lächeln nicht darüber! Wir wollen, dass Taten folgen! –

Abg. Julia Klöckner, CDU: Sie reden darüber!)

– Sie kritisieren – hängen Sie sich nicht auf an diesem Wort –, Sie kritisieren.

Seit Beginn des Privatisierungsprozesses wurde den zuständigen Ausschüssen laufend über den aktuellen Stand berichtet. Die notariell beurkundeten Verträge liegenden den Abgeordneten mit sämtlichen Anlagen zur Einsichtnahme vor.

Ganz bewusst haben wir ein Gesetzgebungsverfahren gewählt. Vor diesem Hintergrund kann gewiss nicht von Intransparenz gegenüber dem Landtag gesprochen werden.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Es ist ein Witz!)

Mein Staatssekretär hat auf mein Bitten hin das Anliegen, was ich absolut nachvollziehen kann, was 100 % in unserem Sinne ist, erneut an den Vorstandssprecher der KPMG adressiert. Er hat in meinem Auftrag unmissverständlich klargemacht, dass ich es nicht mehr für erklärbar halte, dass in der Öffentlichkeit über Mandat und Umfang des Prüfauftrags spekuliert wird und es keine Chance gibt, Transparenz herzustellen, damit sich Dritte darüber ihr eigenes Bild machen können. Das werden wir weiter in diesem Sinne verfolgen. Es ist unser Wille und unsere Absicht, dass dieser Auftrag öffentlich wird, damit sich jeder eine Meinung bilden kann.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Herren und Damen, natürlich haben wir uns nicht nur auf KPMG verlassen. Das ist doch selbstverständlich. Aufgrund der von der Koalition eingebauten Sicherungsmechanismen haben wir Zeit verloren, aber wir konnten rechtzeitig die Reißleine ziehen.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Auf den SWR – – –)

Es war sichergestellt, dass keine Vermögenswerte des Landes abgeflossen sind. Wir haben ganz bewusst dieses Verfahren gewählt, dass der Vertrag erst vollzogen werden kann, wenn eine Befassung im Landtag stattgefunden hat.

Ich sage noch einmal sehr deutlich, dass dieses Verfahren und die Wahl des Verfahrens es uns auch ermöglicht hat, jetzt sehr kurzfristig die Reißleine zu ziehen.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich werden sowohl die KPMG als auch die Landesregierung diesen Vorgang gründlich und vorbehaltlos aufklären und die notwendigen Schlüsse daraus ziehen.

(Zuruf von der CDU)

Klar ist, dass das Vertragsverhältnis beendet wird. Das ist vom Innenminister schon gesagt worden.

Meine sehr verehrten Herren und Damen, die Zweit- und Drittbietler haben gestern bekundet, dass sie weiterhin ein Interesse am Erwerb des Flughafens haben. Die entsprechenden Prüfungen laufen.

(Zuruf des Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU)

Ich möchte abschließend dazu noch etwas sagen. Wir werden mit der gebotenen Sachlichkeit und mit Entschlossenheit mit aller Kraft für die Zukunft dieser Region arbeiten.

Ich mache noch einmal deutlich, dass schon immer zur Wahrheit gehört hat, dass die Weiterentwicklung des Flughafens Hahn eine besondere Herausforderung ist. Der Weg der Privatisierung ist aus meiner Sicht nach wie vor der richtige Weg. Deshalb ist es selbstverständlich, wenn die Bieter 2 und 3 weiter bereit sind zu verhandeln, dann werden wir diesen Weg in diesem Sinne weitergehen.

Ich habe nie ein Geheimnis daraus gemacht, dass der Weg für eine Zukunft auf dem Hahn ein schwerer ist. Viele Herausforderungen haben wir in der Vergangenheit gemeistert. Manchmal war es sehr schwierig. Jetzt setzen wir diesen Weg weiter fort, um am Ende eines Prozesses da zu stehen, wo wir gerne stehen wollen, nämlich dass der Hahn eine gute Zukunft hat.

(Anhaltend Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Vielen Dank, Frau Ministerpräsidentin. Aufgrund der verlängerten Redezeit der Regierung ergibt sich zusätzliche Redezeit für jede Fraktion im Umfang von drei Minuten und 30 Sekunden.

Bevor wir in die nächste Runde einsteigen, habe ich drei Kurzinterventionen zu berücksichtigen. Zur ersten Kurzintervention erteile ich Herrn Abgeordneten Brandl das Wort.

Abg. Martin Brandl, CDU:

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, ich bin seit sieben Jahren in diesem Parlament. Ich glaube, ich bin hier durchaus bekannt durch meine ab und zu auch nachdenkliche und besonnene Art, die Dinge zu bewerten. Das ist heute aber anders, meine Damen und Herren.

Liebe Frau Ministerpräsidentin, Sie stellen sich hierher und sagen, Sie stehen hier und konnten nicht anders. Sie hätten es nicht anders gemacht. Es ist passiert.

Frau Ministerpräsidentin, ich bin deshalb heute dermaßen auf 180, weil jeder Blick, jede Minute, die Sie sich mit diesen Unterlagen, die im Datenraum liegen, beschäftigt hätten oder beschäftigt haben, hätte dazu beigetragen, dass Sie hätten erkennen und vorhersehen müssen, was hier und heute passiert ist. Das haben Sie nicht gemacht.

Deshalb ist Ihre Art, diese Geschichte zu erzählen, schlicht und ergreifend falsch.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Sie wussten es, Sie haben es kommen sehen, wenn Sie diese Verträge gelesen haben. Meine Frage ist folgende: Haben Sie alle Anmerkungen gelesen?

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Wahrscheinlich gar nicht!)

Sie haben eben auf KPMG referiert. Haben Sie die weiteren Anmerkungen der KPMG gelesen, Frau Ministerpräsidentin?

Ich habe sie gelesen. Aber ich darf sie hier nicht zitieren.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: So, das ist transparent!)

Deshalb fordern wir Sie auf, legen Sie alle Unterlagen im Datenraum offen. Zeigen Sie maximale Transparenz. Machen Sie die Unterlagen öffentlich, damit jeder bewerten kann, auf wen Sie sich in vollem Bewusstsein eingelassen haben, meine Damen und Herren.

(Beifall der CDU und bei der AfD –
Abg. Christine Schneider, CDU: Was für ein Chaos Sie angerichtet haben!)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Brandl.

Zu einer weiteren Kurzintervention hat sich Herr Abgeordneter Alexander Licht gemeldet.

Abg. Alexander Licht, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Ministerpräsidentin, Sie haben sich hierhergestellt, um der Öffentlichkeit deutlich zu machen, dass Sie – so wörtlich – Sicherungsmechanismen eingebaut haben. Sie denken, dass diese Sicherungsmechanismen mit dem Wort KPMG und den Schulduweisungen zu dieser Gesellschaft damit für Sie erledigt sind.

Frau Ministerpräsidentin, KPMG hat nicht alles geprüft und hat darauf hingewiesen. Sie haben nicht auf Gründlichkeit, sondern allein auf Schnelligkeit in dem Prozess gesetzt, und nichts anderes.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Genau!)

Erklären Sie einmal der Öffentlichkeit, warum Ihnen diese Region und dieser Flughafen so wichtig sind, warum Sie alles verwendet haben, dass dort wirklich eine sichere Zukunft morgen und übermorgen auch noch besteht, wenn Sie in diesem Verkaufsprozess alle eingebauten Sicherungsmechanismen gezogen haben.

Mit diesen Sicherungsmechanismen – – – Die Blaupause Nürburgring muss man Ihnen vorwerfen.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: So ist es!)

Sie selbst haben sich mit Ihrer Regierungserklärung, als Sie diesen Sessel eingenommen haben, Maßstäbe gesetzt und gesagt: Mir wird das nicht passieren, und Sie können mich daran messen. – An diesen Sicherungsmechanismen kann man Sie persönlich messen, haben Sie diesem Parlament und der Öffentlichkeit verkündet.

Meine Damen und Herren, die Blaupause hat uns gezeigt, dass beim Nürburgring Firmen im Bieterverfahren waren, die ich jetzt gar nicht mehr beschreiben will

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Die hatten schöne Namen!)

– die Parallelen brauche ich nicht zu verdeutlichen –, die in diesen Raum überhaupt nicht hätten eintreten dürfen und überhaupt nicht zu den drei dieses Mal Ihnen am Schluss vorgelegten Käufern hätten werden können.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN: Potenzielle!)

Ihre Sicherungsmechanismen haben versagt und damit Sie ganz persönlich, Frau Dreyer.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Licht. Zu einer weiteren Kurzintervention erteile ich der Abgeordneten und Fraktionsvorsitzenden Frau Klöckner das Wort. Bitte schön, Frau Klöckner.

Abg. Julia Klöckner, CDU:

Herr Präsident! Frau Ministerpräsidentin, Sie haben mich persönlich angesprochen, ich würde lächeln, wenn ich das Wort Transparenz hören würde. Nein, ich kann nicht mehr lächeln, wenn Sie über das Thema Transparenz reden, aber genau das Gegenteil davon machen.

(Beifall der CDU)

Frau Dreyer, man hat den Eindruck, die Wirkung, die Sie mit Ihrer Wohlfühlrede am 1. Juni 2016 zur Regierungserklärung erzielen wollten, sollte uns alle auf eine höhere Ebene und Sphäre führen. Das ist alles legitim.

(Zuruf der Abg. Ellen Demuth, CDU)

Am 2. Juni aber war wieder die Realität da. Wenn Sie Transparenz wirklich ehrlich meinen, hätten Sie in einer Regierungserklärung, die so wichtig für das Land und eine Legislaturperiode ist, nicht über Willy Brandt, sondern über Ihren Flughafen referieren sollen, für den Sie doch die Verantwortung in diesem Land haben.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Ich glaube, Sie sind in diesem Plenum falsch. Wenn Sie es so verstehen, dass Ihnen das Land anvertraut ist, müssen Sie es auch so verstehen, dass Sie dort, wo es unangenehm wird, nicht lächelnd darüber hinweggehen, so wie heute wieder. Sie haben überhaupt keine Stellung bezo-

gen. Wir haben alle darauf gewartet, was Sie jetzt sagen. Sie haben keine Stellung bezogen zu Ihren Äußerungen, mit denen Sie die Marschrichtung vorgegeben hatten. Sie vertrauen dem Käufer.

Wir wissen doch noch alle, wie wichtig Ihnen die Bilder mit Robertino Wild waren. Der Gläubigerausschuss wusste weniger als Sie, die schon die Pressekonferenz vorbereitet hatten und verschiedene Dienstwagen schon Richtung Koblenz unterwegs waren und wieder zurückfahren mussten. So viel zum Thema Transparenz. Ihnen ist Transparenz nur dann wichtig, wenn Ihre Geschichte von Transparenz erzählt wird.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt aber eine objektive Geschichte von Transparenz. Für diese objektive Geschichte von Transparenz haben Bürger ein gutes Gespür.

Wir machen nicht alles richtig, wirklich nicht.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN: Das stimmt!)

– Nein, machen wir auch nicht. Im Umkehrschluss heißt das aber auch nicht, dass Regierende nur, weil sie gewählt sind, alles richtig machen.

(Abg. Thorsten Wehner, SPD: Das hat doch
keiner behauptet!)

Ich glaube, das stimmt auch.

(Beifall bei der CDU)

Frau Dreyer, Sie haben mich persönlich angesprochen, ich würde beim Thema Transparenz lächeln. Wissen Sie – und das ist das, was ich Ihnen wirklich zum Vorwurf mache –, Sie wollten mit dem Gesetz etwas simulieren: größtmögliche Beteiligung.

Frau Dreyer, wenn wir diese größtmögliche Beteiligung ernst nehmen, hätte man all das, was zu einem Gesetz gehört, übrigens auch die Medien, die Öffentlichkeit und auch die Mitarbeiter, nicht in einen solch kleinen Leseraum quetschen müssen. Da steht ein Laptop, um in den Datenraum zu kommen. Wir saßen zu dritt dort und haben uns Notizen gemacht. Ich weiß nicht, ob Sie es wissen, ob Sie jemals in diesem Leseraum waren, damit Sie einmal ein Gespür dafür bekommen, was Sie diesem Parlament zumuten.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei der
AfD –
Glocke des Präsidenten)

Was ist passiert? Das will ich abschließend sagen. Zu einem Gesetz, zu einer Transparenz gehört, dass Sie all das, worüber wir hier nur erahrend sprechen dürfen, öffentlich machen, sodass all die, die hier sitzen, es durchlesen und in einem Kommentar deutlich sagen können: Wer die Businesspläne, die den Namen nicht verdient haben, gelesen hat, hätte nie zum Notar gehen dürfen.

(Glocke des Präsidenten)

Das ist das Entscheidende.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Die Regierung hätte nun Gelegenheit zu einer Reaktion. – Das ist nicht der Fall.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Sehr
transparent!)

Ich möchte allerdings auf eines hinweisen: Der Leseraum, in dem wir die Unterlagen der Regierung lesen können, ist ein Raum des Landtages. Es ist kein Raum der Regierung. Es ist ein Raum der Landtagsverwaltung.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Oh,
Entschuldigung! –
Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN –
Zuruf der Abg. Julia Klöckner, CDU)

Meine Damen und Herren, wir kommen zur nächsten Runde. Ich will noch einmal darauf hinweisen, dass aufgrund der verlängerten Redezeit weitere Redezeit zur Verfügung steht. Die CDU-Fraktion hat nur noch drei Minuten und 30 Sekunden zur Verfügung, die SPD 13 Minuten und acht Sekunden, die AfD-Fraktion noch 23 Minuten und 14 Sekunden, die FDP-Fraktion noch 25 Minuten und 41 Sekunden und die Grünen noch 19 Minuten und 44 Sekunden.

Als Nächstes hat sich Herr Abgeordneter Dr. Bollinger zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Dr. Bollinger.

Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Viele Vorredner haben nun schon die katastrophalen Abläufe in dem bisherigen Verkaufsverfahren und die mannigfaltigen Versäumnisse der Landesregierung aufgegriffen. Meiner Meinung nach ist darauf keinerlei überzeugende Replik vonseiten der Landesregierung erfolgt.

Deshalb werde ich mich damit jetzt nicht weiter befassen, sondern einige Sätze und argumentative Wolken aufgreifen, die die Landesregierung und die Fraktionsvorsitzenden der regierungstragenden Fraktionen in ihren Vorträgen gemacht haben.

Herr Kollege Schweitzer hat in seinem Vortrag, wenn ich mich recht entsinne, auf bisherige erfolgreiche Konversionsprojekte verwiesen. Welche meinen Sie denn? Den Flughafen Zweibrücken meinen Sie wahrscheinlich nicht, der 2014 bei einem Buchwert von 28 Millionen Euro zu einem Verkaufspreis von knapp 4 Millionen Euro veräußert worden ist.

Der Nürburgring, wenn Sie von Projekten sprechen: Gut, er ist kein Konversionsprojekt, aber die halbe Milliarde Euro wollen wir nicht vergessen.

Dann wurde von dem wirtschaftlichen Erfolg des Landes Rheinland-Pfalz und seiner Wirtschaft gesprochen. Das ist

richtig, wir haben eine gute und tüchtige Wirtschaft, aber sicherlich nicht wegen, sondern eher trotz der rot-grünen Landesregierung.

(Beifall der AfD –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Ja, ja!)

Ich war am vergangenen Montag beim Regionalemplfang der Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer zu Koblenz. Dort am Regionaltisch Neuwied/Ahrweiler hätte auch eine Abgeordnete sitzen müssen, die einmal als Wirtschaftsministerin Verantwortung getragen hat. Ich habe die Wirtschaftsvertreter am Tisch gefragt, wo denn die Kollegin wäre. Darauf wurde mir bedeutet, sie und ihre Wirtschaftspolitik würden von der Wirtschaft im Lande nicht vermisst, nur einmal so viel zu Wirtschaft und Rot-Grün.

(Abg. Benedikt Oster, SPD: Was hat das jetzt damit zu tun?)

– Das lassen Sie mich bitte einmal ausführen.

Dann haben wir das Thema vom Hahn. Die Frau Ministerpräsidentin sagte, er habe immer schon Verluste eingefahren. Ja, das ist natürlich richtig. Der Hahn hat noch nie schwarze Zahlen geschrieben. Er hat aber vor einigen Jahren schon deutlich andere Umsätze gehabt, als er sie jetzt hat.

Jetzt kommen wir zum nächsten Punkt. Es ist in einigen Punkten eine Strohmann-Argumentation aufgebaut worden. Die Damen und Herren haben sich an Argumenten oder Behauptungen abgearbeitet, die die Oppositionsfraktionen, ich spreche zumindest für uns, nie aufgestellt haben.

Das Erste ist das Thema Privatisierung. Es wurde so hingestellt, als ob wir gegen eine Privatisierung wären. Das Gegenteil ist der Fall. Wir sind immer für eine Privatisierung gewesen, nur muss sie in einem sinnvollen Kontext erfolgen und hätte schon viel früher erfolgen müssen. Das ist nicht der Fall gewesen.

Dann das Thema Gesetzesverfahren: Sie tun so, als ob wir das nicht gewollt hätten. Natürlich wollten wir das alle, aber richtig aufgesetzt, mit vollständiger Transparenz aller Unterlagen. Das hat auch der Herr Kollege richtig gesagt, wenn Gesetzesverfahren, dann richtig. Dann müssen wir in alle Unterlagen Einsicht haben.

Als Letztes: Sie sprechen immer von der Verantwortung für die Region. Ich glaube, die wollen wir alle wahrnehmen.

(Zuruf von der SPD: Nicht alle!)

Nur sind wir der Meinung, dass Sie sie mit Ihrer Politik nicht wahrgenommen haben und dies das Gegenteil von Verantwortung ist.

(Beifall der AfD)

Um alles aufzugreifen: Wir wurden aufgefordert, Alternativen anzubieten. Jetzt ist natürlich klar, Sie haben tatsächlich den Karren in den Dreck gefahren, und wir sollen ihn herausziehen.

(Zuruf von der SPD: Um Gottes Willen!)

Sie haben uns in eine Situation gebracht, in der es kaum noch sinnvolle Alternativen gibt. Es gibt aber vielleicht doch etwas, worüber man nachdenken sollte: Wir könnten dieses zutiefst missratene Verkaufsverfahren einfach abbrechen und ordentlich neu aufsetzen. Gerne könnten sich dann auch die bisherigen Bieter wieder beteiligen. Vielleicht sollte man doch anfangen, parallel – wohlgemerkt, parallel – zu einem ordentlichen Verkaufsverfahren auch über mögliche Alternativen zu der Verwendung nachzudenken.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Vielen Dank, Herr Dr. Bollinger von der Fraktion der AfD. Als Nächster hat der Abgeordnete Herr Licht von der Fraktion der CDU das Wort. Sie haben noch drei Minuten und 30 Sekunden.

Abg. Alexander Licht, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die wenigen Minuten will ich gerne darauf verwenden, deutlich zu machen, erstens, Frau Ministerpräsidentin, wenn Sie wirklich Verantwortung übernehmen würden, würden Sie nicht nur sich selbst infrage stellen, sondern diesen ganzen Verkaufsprozess der Öffentlichkeit gegenüber auch erst einmal transparent darstellen, damit die Öffentlichkeit beurteilen kann, worüber dieses Parlament in Gänze eigentlich debattieren und diskutieren sollte.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU –
Abg. Christian Baldauf, CDU: Sie wären entsetzt!)

Das ist bisher nicht erfolgt.

Ein Zweites, und auch das mache ich klar, ja, Sorge um die Zukunft hatten wir immer. Ich glaube, in dieser Frage waren wir uns in diesem Parlament in der letzten und vorletzten Periode immer einig. Wir waren uns auch einig in der Entwicklung dieses Flughafens, weil wir eine Region weiterentwickeln wollten und dazu auch immer gestanden haben.

Es gab unterschiedliche Konzepte. Die der Union waren immer daran gekoppelt, mehr privat. Wir haben nie gesagt, dass wir gegen eine Privatisierung sind. Nein, wir haben sogar immer deutlich gemacht, je früher, je besser.

(Beifall bei der CDU)

Sie waren es, die einen Privaten für 1 Euro erst einmal nach Hause geschickt haben,

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

der – und das gehört zur Entwicklung dazu – bis 2017 einen Gewinnabführungsvertrag hatte.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Sehr gut!)

Sie haben diesen Privaten nach Hause geschickt, weil Sie meinten, Sie könnten es besser.

Wir waren immer für privat. In diesem Prozess jedoch, den Sie seit 2014 debattieren und diskutieren, gab es – auch das gehört zur Wirklichkeit einer Interessensbekundung, und wenn Sie die Protokolle nachlesen, werden Sie es feststellen – vier Vorschläge von KPMG. Einer dieser Vorschläge, so mir bekannt, nie weiter von Ihnen verfolgt, hatte erst ein Modell, das dann am Schluss auch ein Kaufmodell war. Sie haben es nie behandelt. So viel zur Einbindung der Opposition.

Wir haben auch heute Morgen wieder erfahren – und die wenigen Minuten lassen mir nur kurz Zeit, darauf einzugehen –, dass Verkäufe stattgefunden haben.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Sehr transparent!)

So viel zur Transparenz, die Sie mit der Opposition, mit diesem Parlament führen, die Sie in das Zukunftsprojekt einbinden wollen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben in der Debatte seit Wochen, seit Monaten gefordert, die beiden anderen Käuferangebote kennenzulernen, damit wir auch objektiv beurteilen können, ob Nummer 2 oder Nummer 3 besser waren oder sind. Sie haben es abgelehnt, uns darüber zu informieren. So viel zur Aktualität.

Ich kann gar nicht beurteilen, welche Verträge Sie heute Morgen mit wem und mit welcher Option abgeschlossen haben.

(Abg. Julia Klöckner, CDU: Worüber?)

Aber eines hat mich das noch einmal gelehrt, meine Damen und Herren: Zu Ihrem Bild in der Öffentlichkeit, das sicher in vielen Augen immer noch ungetrübt ist, möchte ich sagen,

(Glocke des Präsidenten)

ich habe Ihre Intention mittlerweile in diesem Prozess sehr genau kennengelernt, und ich weiß, was ich von Ihnen zu halten habe. Denken Sie über Ihre Konsequenzen nach!

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Vizepräsident Hans-Josef Bracht:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Licht.

Als nächstes hat sich für die SPD-Fraktion der Fraktionsvorsitzende Schweitzer gemeldet. Sie haben noch 13 Minuten und acht Sekunden Redezeit.

Abg. Alexander Schweitzer, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde die Redezeit nicht ausfüllen

müssen, weil wir die Dinge ausgetauscht haben. Ich habe mit großer Zufriedenheit gehört, wie sich die Ministerpräsidentin hier in aller Klarheit und Deutlichkeit vor dem Parlament und vor der rheinland-pfälzischen Öffentlichkeit geäußert hat.

(Abg. Martin Brandl, CDU: Sie sind nicht mehr von dieser Welt, Herr Schweitzer! – Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, deshalb möchte ich doch den einen oder anderen Punkt, den Sie jenseits dessen, was man im parlamentarischen Miteinander an Kritik formulieren darf, den Sie jenseits dessen, wie ich finde, hier überspitzt ins Protokoll gebracht haben, aufnehmen.

(Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund übernimmt den Vorsitz)

Lieber Herr Licht, Sie haben Ihre Rede geschlossen mit: Ich weiß, was ich von Ihnen zu halten habe. – Lieber Herr Licht, ich möchte Ihnen eines sagen: Das geht einfach ein Stückchen zu weit.

(Beifall der SPD und bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind hier in einem Austausch über die Verantwortlichkeiten. Als Parlamentarier die Ministerpräsidentin anzuschauen und zu sagen, ich weiß, was ich von Ihnen zu halten habe, dazu kann ich nur sagen, lieber Herr Licht, Sie hätten – mit Ihrer Kollegin Fraktionsvorsitzenden ist es doch genauso – heute Grund, das will ich gar nicht absprechen, Fragen zu stellen und Antworten zu verlangen.

(Zurufe von der CDU)

Aber dass Sie, lieber Herr Licht – Frau Klöckner, Sie spreche ich damit dann auch an –, dann an dieser Stelle überreizen, zeigt mir, dass Sie heute mit Motiven unterwegs sind, die auch ein bisschen neben der sachlichen Auseinandersetzung liegen.

(Abg. Hedi Thelen, CDU: Ihr Parlamentsverständnis ist schon sehr suspekt!)

Meine Damen und Herren, das müssen Sie sich dann auch anhören.

Wer sich genau angehört hat, wie sich die Ministerpräsidentin sehr klar zu der Frage geäußert hat, wie das mit dem Ressortministerium ist, wie das mit dem Beratungsunternehmen ist – es geht auch ins Protokoll –, der kann aus dieser Formulierung beim besten Willen nicht herauslesen oder herauslesen wollen, dass es in irgendeiner Weise eine Schuldzuweisung gab.

Die Formulierung, die die Ministerpräsidentin gewählt hat, ist eigentlich selbstverständlich. Natürlich muss in einem solchen Verfahren, wenn wir über solche betrüblichen Ergebnisse, wie wir sie gestern und heute zur Kenntnis nehmen mussten, diskutieren – – –

(Abg. Martin Brandl, CDU: Das haben Sie schon lange gewusst!)

– Herr Brandl, Sie sind auf 180. Ich weiß das. Kommen Sie wieder herunter. Ich möchte gerne sprechen, weil ich das Rederecht jetzt habe. Bitte.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Dann reden Sie doch!)

Wenn Sie in einem solchen Verfahren dann auch die Frage stellen, wie es denn mit KPMG ist, ja, es wäre doch unverantwortlich, während übrigens die ganze Presse darüber redet und nachdenkt, diese Frage nicht auch zu stellen. Ich sage: Wir wissen es heute noch nicht. Aber dass die Frage gestellt und diskutiert wird, ist doch absolut in Ordnung und legitim.

Machen Sie doch der Ministerpräsidentin aus dieser Selbstverständlichkeit keinen Vorwurf, bloß, weil Sie jeden Versuch unternehmen wollen, an die Ministerpräsidentin heute hier heranzukommen. Das ist an dieser Stelle nicht in Ordnung. Das muss ich in aller Deutlichkeit zurückweisen.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn dann seitens der Opposition gefragt wird: Was ist denn gelungen in der Konversionspolitik?

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Nichts!)

– Nichts. Zwischenruf von Herrn Baldauf: Nichts!

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Am Hahn nichts!)

Also ich muss Ihnen eines sagen: Wir haben seit Anfang der 90er-Jahre, nachdem es den Zeitenbruch 1989 gab, in einem Land, das einer von Ihnen, Bernhard Vogel – Respekt vor diesem Ministerpräsidenten –, den Flugzeugträger der NATO genannt hat – ein Begriff, der leider zu den damaligen Zeiten nichts anderes als präzise war –, in Regionen in diesem Land, die in wirtschaftlichen Monokulturen gelebt haben, nämlich vor allem durch die zivile und berufliche Unterstützung der alliierten Streitkräfte gelebt haben, über 600 militärische Liegenschaften in eine zivile Nutzung umgewandelt. Ich weiß, dass Sie das schmerzt.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Was hat das mit dem Hahn zu tun?)

Aber Sie müssen sich anhören, dass dieser Weg mit Deutlichkeit erfolgreich ist. Wenn wir heute und weiterhin auf Platz 3 der Arbeitsmarktentwicklung in Deutschland sind, dann ist das auch das Ergebnis der Konversionspolitik – ich sage es in aller Deutlichkeit – von sozialdemokratisch geführten Landesregierungen.

(Beifall der SPD und bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Frau Klöckner, natürlich würde ich es mir wünschen, wir würden heute nicht unter diesen Vorzeichen diskutieren. Aber ich kann es nicht zulassen, dass die Politik der Landesregierung mit dem Ergebnis, dass ich Ihnen geschildert habe, von Ihnen diskreditiert wird, weil Sie nicht ertragen können, dass eines tatsächlich richtig ist, liebe Frau Klöckner, was Sie in Ihrer Rede gesagt haben, dass

die Menschen ein genaues Gespür haben. Ja, die Menschen in Rheinland-Pfalz hatten in Rheinland-Pfalz seit 1991 ein sehr gutes Gespür. Wir wissen das alle. Sie wissen es auch, Frau Klöckner. Sie wissen es besonders gut.

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD und bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. – Damit kommen wir zu einer persönlichen Bemerkung des Abgeordneten Junge von der AfD. Herr Junge, Sie haben das Wort.

Sie können erst reden, wenn das Lämpchen am Mikrofon rot ist. – Jetzt.

Abg. Uwe Junge, AfD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, bei Rot habe ich eine Phobie.

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Die müssen Sie sich dann gewissermaßen technisch abgewöhnen.

Abg. Uwe Junge, AfD:

Vielen Dank, dass Sie mir noch einmal das Wort erteilen und mir eine persönliche Bemerkung gestatten.

(Zurufe im Hause)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Der Abgeordnete Junge hat zu einer persönlichen Bemerkung das Wort. Sie können aber auch nach vorne an das Pult kommen, wenn Sie möchten.

Abg. Uwe Junge, AfD:

Ich denke, das schaffe ich auch von hier. Hier habe ich Herrn Schweitzer direkt vor mir, das ist wunderbar.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Aber nur für Sie!)

– Für Sie nicht?

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Ich kann gut damit umgehen!)

Lassen Sie mich die persönliche Bemerkung gerade machen. Dann können wir gerne weitersprechen, vielleicht auch draußen.

Ich wurde aufgrund einer Äußerung angesprochen, die ich in meiner Rede zu den beiden Begrifflichkeiten „Tollkühnheit“ und „Dummheit“ getan habe. Ich möchte richtigstellen, dass ich Folgendes gesagt habe: Lieber Herr Roth, ganz

abgesehen davon, dass Sie sicher nicht wissen, was Mut wirklich ist, sollten Sie diese ehrbare Tugend nicht mit Tollkühnheit und Dummheit verwechseln. – Das war eine Begriffsdefinition, eine Darstellung und keine Eigenschaftszuweisung gegenüber Herrn Roth.

(Zuruf des Abg. Schweitzer, SPD)

Das wollte ich gerade noch richtigstellen. Herr Roth, wenn Sie sich angegriffen gefühlt haben, bitte ich um Entschuldigung. Das war so nicht gemeint.

Danke schön.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Wer Schwierigkeiten hat, Antisemiten aus der Fraktion zu werfen, sollte sich hier nicht äußern! –

Abg. Damian Lohr, AfD: Reden Sie weiter von Ächtung und so Sachen! –
Weitere Zurufe im Hause)

Vizepräsidentin Barbara Schleicher-Rothmund:

Gibt es weitere Wortmeldungen oder Bemerkungen? – Das ist nicht der Fall. Damit schließe ich die Sitzung. Wir sehen uns in der nächsten Woche wieder. Herzlichen Dank.

Ende der Sitzung: 12:37 Uhr